



AUßERORDENTLICHE
MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER
JUSOS MÜNSTER

19. August 2018

Beschlussbuch

Inhalt

A1 Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Bodenpolitik	1
A2 Niemand will sie, niemand braucht sie, Demokratieerklärungen sind Unfug - Wider die Stigmatisierung linken Engagements und für demokratische Hochschulen!.....	5
A3 Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung	8
A4 Tag der Befreiung! – Befreiung von sich selbst!.....	16
A5 „Wer nicht schwimmen kann, der taucht?“	18
A6 “Kranplätze müssen verdichtet sein - Für einen richtigen sozialen Wohnbau in NRW”	22
A7 Plastikkonsum überdenken und ändern	27
A9 Für gute Arbeit und gute Pflege!.....	30
I1 Für Klarheit in der Sprache – Gegen jede populistische Stimmungsmache!.....	37

A1 Auf sicherem Boden: Der bauende Sozialstaat und die Bodenpolitik

1 Viele Kommunen unterliegen einem rasanten Wandel. Viele Städte und einige Dörfer wachsen, andere
2 schrumpfen. In vielen spitzt sich die Wohnungsnot zu, anderenorts herrscht hingegen Leerstand. Die
3 Fragen, die sich in den verschiedenen Kommunen stellen, sind vielfältig und doch ist es Aufgabe von
4 Kommunalpolitik, über die Maßnahmen der Bauleitplanung, also durch die Festsetzung von
5 Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, und durch ihr bodenpolitisches Handeln Antworten auf die
6 jeweiligen Herausforderungen zu finden.

7 Ziel einer demokratischen Planung und Bodenpolitik sollte es sein, das Gemeininteresse in Abgrenzung zum
8 Einzelinteresse durchzusetzen. Bei der Verfolgung dieses Ziels stehen Kommunen jedoch vor vielfältigen
9 Problemen.

10 Zuerst werden kommunale Bauleitplanungsprozesse allzu oft durch die Interessen privater Investor*innen
11 beeinflusst oder gar bestimmt. Gerade dort, wo Bauland nicht in kommunaler Hand ist und
12 zahlungskräftige Baulandeigentümer*innen mit Planungen an Kommunen herantreten, ist dies der Fall. Die
13 personelle und finanzielle Ausstattung der Kommunalverwaltungen führt dann oft dazu, dass die
14 potenziellen Bauträger*innen, vertreten durch die von Ihnen engagierten Büros, ihnen auch fachlich
15 überlegen sind.

16 Andererseits werden die existierenden Mittel der Bauleitplanung nicht oder nur zögerlich ausgeschöpft,
17 weil diese teilweise mit einem erheblichen administrativen Aufwand verbunden sind, die die unter
18 Haushaltskürzungen leidenden Kommunen nicht stemmen können. In anderen Fällen ist dies zusätzlich mit
19 erheblichen Rechtsunsicherheiten verbunden und die Anwendung der existierenden Mittel führt zu oft
20 jahrelang andauernden Rechtsstreite die ggf. dazu führen können, dass die Deckung des akuten Bedarfs,
21 welcher durch Bauprojekte erfüllt werden muss, erst verspätet oder zu spät erfolgen kann.

22 Aus jungsozialistischer Perspektive bedarf es hier eines Paradigmenwechsels in der bundesdeutschen
23 Politik. An die Stelle des Privatinteresses muss wieder das Gemeinwohl und an die Stelle des neoliberalen
24 Ideals der so genannten „schlanken Verwaltung“ ein starker Staat treten. Neben der dringend
25 notwendigen erneuten Stärkung der Kommunalverwaltungen müssen dafür auch wesentliche Teile der
26 Bodenpolitik geändert werden. Für die Umsetzung einer gerechten Bodenpolitik sehen wir insbesondere
27 die Kommunalpolitik klar in der Verantwortung. Für die Rahmenbedingungen, die den Kommunen einen
28 größeren Handlungsspielraum ermöglichen müssen jedoch Landes- und Bundespolitik sorgen. Für die
29 Änderung und Einführung entsprechender bau-, eigentums- und steuerrechtlichen Regelungen haben die
30 jeweiligen Regierungen Sorge zu tragen. Im Folgenden wollen wir den Aspekt der Bodenpolitik besprechen
31 und notwendige Veränderungen diskutieren.

32 **Statt Bodenlosigkeit in Kommunen: Für eine aktive Bodenvorratspolitik**

1 In den vergangenen Jahrzehnten wurden in vielen, unter anderem SPD geführten Kommunen in großer Zahl
2 kommunaler Boden verkauft. Die Privatisierungswelle, die nicht nur die Bodenpolitik, sondern auch viele
3 andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betraf, führte zum neoliberalen Ausverkauf kommunaler
4 Bodenvorräte. Daraus folgte in den letzten Jahren ein rasanter Anstieg der Bodenpreise. Die Antwort
5 darauf kann nur eine aktive Steuerung durch die Kommune sein. Dazu braucht es jetzt eine aktive
6 Bodenvorratspolitik. Der Ankauf von Bauland in Gebieten mit besonderem Entwicklungspotenzial oder von
7 besonderer strategischer Bedeutung für die jeweilige Kommune muss zukünftig wieder zur Regel werden.
8 Die Finanzierung dieser Ankäufe kann über kommunale Bodenfonds, die zu diesem Zweck angelegt werden
9 gewährleistet werden. Auch Land und Bund sollen ungenutzte eigene Grundstücke als Sachleistungen an
10 die Kommunen übertragen, um so die kommunale Planungshoheit zu stärken.

11 Außerhalb solcher strategisch besonders bedeutsamer Gebiete kann auch der Zwischenerwerb von
12 Grundstücken ein gangbarer Weg sein. Diesen rechtlich zu vereinfachen ist Aufgabe einer
13 Bodenrechtsreform. Da hierbei die jeweilige Kommune das betreffende Grundstück nach der Überplanung
14 wieder veräußert, wird jedoch auch hier langfristig kommunale Kontrolle aufgegeben. Es sollte deshalb nur
15 in Ausnahmefällen das Mittel der Wahl sein. Vorzuziehen ist ihm in der Regel das Erbbaurecht, bei dem
16 lediglich das Nutzungsrecht, nicht jedoch das Eigentum an dem Grundstück auf den Erbbauehmer
17 übergeht. Das Erbbaurecht wieder stärker in den Blick zu nehmen ist Aufgabe der einzelnen Kommunen.
18 Die Entscheidung für das Erbbaurecht ist eine politische und bedarf an einigen Orten eines Ratsbeschlusses,
19 um die kommunalen Verwaltungen zu beauftragen es gegenüber dem Grundstücksverkauf zu bevorzugen.
20 Wir fordern unsere Ratsfraktionen in diesen Kommunen auf, entsprechende Beschlüsse vorzubereiten.
21 Vielerorts legen wir der Partei das Instrument auch für den Wahlkampf ans Herz. Auch Bund und Land
22 müssen zukünftig auf die Privatisierung von Grundstücken verzichten und eigene Grundstücke entweder
23 wie beschrieben an die Kommunen übertragen oder ihrerseits auf das Erbbaurecht setzen.

24 Auch das Vergaberecht bei Grundstücksverkäufen oder der Vergabe von Erbbaurecht bedarf einer Reform.
25 Wo heute noch die Maximierung der generierten Einnahmen der jeweiligen staatlichen Ebene oberstes Ziel
26 ist, muss zukünftig der Beitrag zu definierten planerischen Zielen im Mittelpunkt stehen. Ein
27 Konzeptverfahren ist hierfür ein mögliches zu implementierendes Instrument. Hierbei gibt der Staat nur
28 grobe Ziele vor, und überlässt es den Bieter*innen in ihren Angeboten darzulegen wie sie diese umsetzen
29 wollen.

30 **Planung ist die halbe Miete: Für die Stärkung der Instrumente der Bauleitplanung**

31 Um bestehendes Planungsrecht durchzusetzen, wollen wir bestehende Planungsinstrumente schärfen und
32 den planerischen Werkzeugkasten der Kommunen erweitern.

33 Im Baugesetzbuch muss die momentan erprobte Innenentwicklungsmaßnahme umgesetzt werden.
34 Dadurch wird den Kommunen ein Mittel gegeben, in Vierteln, in denen an vielen kleineren Stellen

1 bestehendes Baurecht nicht realisiert wird, Abhilfe zu leisten. Obwohl vielerorts Quoten für geförderten
2 Wohnungsbau bei Neubauprojekten realisiert werden, findet dies in der Regel über städtebauliche
3 Verträge statt. Die Möglichkeit solche Quoten oder andere am Gemeinwohl orientierten Ziele in
4 Bebauungsplänen zu verankern, besteht bisher nicht. Dies wollen wir in einer Baurechtsreform ändern.
5 Diese Ziele müssen gleichberechtigt neben den bisher bekannten städtebaulichen Zielen stehen.
6 Darüber hinaus wollen wir das kommunale Vorkaufsrecht stärken. Aktuell ist es an zu viele Bedingungen
7 gekoppelt. Die Realisierung des Ziels „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ muss ein hinreichender
8 Sachgrund für das Vorkaufsrecht werden. Um den Städten den strategischen Ankauf von Boden zu
9 ermöglichen, wollen wir die Möglichkeit schaffen, über eine Satzung Gebiete zu definieren, in denen dann
10 generell ein Vorkaufsrecht gilt.

11 **Der Spekulation den Boden entziehen: Für eine kohärente Reform der Bodenbesteuerung**

12 Bis Ende 2019 muss die Grundsteuer neugestaltet werden, so urteilte das Bundesverfassungsgericht 2018.
13 Die Beurteilung eines Grundstückswertes und die daran orientierte Erhebung der anfallenden Grundsteuer
14 nach 1964 (bzw. 1935 in den östlichen Bundesländern) bestimmten Einheitswerten, die seit dem nur
15 insgesamt durch die kommunalen Hebesätze angepasst wurden, entspricht nicht unserem Anspruch an
16 eine gerechte Besteuerung.

17 Es werden in Bezug auf die Reform der Grundsteuer unterschiedliche Modelle diskutiert. Wir begreifen die
18 Grundsteuer als Teil eines Steuersystems, in welchem insgesamt diejenigen mit hohem Vermögen
19 besonders belastet werden sollen. Klar ist deshalb auch, dass die Grundsteuer durch eine Vermögensteuer
20 ergänzt werden muss. Nur durch diese kann das Ziel eines gerechten Steuersystems erreicht werden. Bei
21 der Reform der Grundsteuer steht für uns jedoch ihre Steuerungswirkung auf den Wohnungsbau und den
22 Flächenverbrauch im Mittelpunkt.

23 Die aktuelle Diskussion um eine Wiedereinführung einer veränderten, progressiven Grundsteuer C der
24 Bundesregierung zeigt, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen dieses wichtige Problem erkannt hat.
25 Bodenspekulationen gilt es zu verhindern, die aktuelle Wohnungsnot und Mangel an Bauland zu
26 bekämpfen. Der Ansatz im Koalitionsvertrag versucht jedoch das Unmögliche: Das verfassungswidrige
27 System der aktuellen Grundsteuer aus Teil A (agrar- und forstwirtschaftliche Flächen) und Teil B (Bebautes
28 und bebaubares Land) durch eine Ergänzung zu reparieren. Damit werden die Einwände des
29 Bundesverfassungsgerichts jedoch nicht aus der Welt geschafft.

30 Es braucht eine grundsätzliche Veränderung der Grundsteuer. Die Bodenwertsteuer ist für uns das zu
31 bevorzugende Konzept in der aktuellen Debatte. Die Bodenwertsteuer bezieht sich ausschließlich auf den
32 Wert des Grundstücks und die rechtlich möglich Bebauung oder Nutzung des Grundstücks – die
33 tatsächliche Bebauung bleibt unberücksichtigt. Wenn die Bebauung und damit die Gebäude auf einem
34 Grundstück keine Rolle mehr für die Besteuerung spielen, schließt sich für uns eine weitere Forderung an:

1 Die Umlegbarkeit der Grundsteuer auf die Miete muss abgeschafft werden. Nur so kann gewährleistet
2 werden, dass die von uns geforderte Bodenwertsteuer, mit der wir die Bodenrente (also leistungsloses
3 Einkommen infolge öffentlicher Infrastrukturleistungen) abschöpfen wollen, nicht fälschlicherweise
4 Mieter*innen zusätzliches Geld abverlangt. Diese Forderung würde jedoch analog auch für alle anderen
5 Reformmodelle notwendig sein. Die Bodenwertsteuer berücksichtigt die Lage eines Grundstücks und
6 nimmt damit einhergehende Bodenwerte, sowie Wertveränderungen, als Bemessungsgrundlage. Dies
7 betrifft dann auch insbesondere attraktive Viertel, welche für Immobilienpreisspekulationen besonders
8 beliebte Grundstücke enthalten.

9 Eine weitere vermögensbezogene Steuer muss in diesem Zusammenhang diskutiert werden: die
10 Grunderwerbssteuer. Diese wird heute einmalig beim Kauf eines Grundstücks fällig. Jede erneute
11 Wertsteigerung des Grundstücks nach dem Kauf werden deshalb erst von den nächsten Käufer*innen
12 versteuert. Ein wirksames Hemmnis gegen Bodenspekulation stellt die Grunderwerbssteuer deshalb nicht
13 dar. Eine gerechte Besteuerung trifft Investor*innen, die in (ggf. auch zukünftig) attraktiven, sich
14 entwickelnden Stadtvierteln kaufen und große Profite aus der Wertsteigerung generieren besonders stark.
15 Wir wollen deshalb die Grunderwerbssteuer in eine Bodenwertzuwachssteuer umwandeln. Hierbei würde
16 der Bodenwertzuwachs beim Verkauf besteuert. Dies hat den Vorteil, dass leichter zu ermitteln ist, wie
17 hoch dieser Bodenwertzuwachs zwischen Kauf und Verkauf ausfällt. Die Bodenwertzuwachssteuer
18 besteuert also genau den Betrag, welchen die Investor*innen maximieren wollen. Dieses Instrument kann
19 somit wirksam gegen Spekulation sein.

20 Auch wenn Wertsteigerungen durch Verbesserung der Infrastruktur durch die Kommune bedingt sind,
21 erfolgt durch das Instrument der Bodenwertzuwachssteuer ein die vermehrte Investition refinanzierende
22 Beteiligung. Somit ergänzt sie die schon heute rechtlich vorhandenen Entschädigungen, die die öffentliche
23 Hand für bodenwertmindernde Maßnahmen an die Eigentümer*innen zahlen muss und beendet den
24 unhaltbaren Zustand, dass vom Staat verursachte Wertverluste die öffentliche Hand trägt, während von
25 ihm verursachte Wertzuwächse den Eigentümer*innen zu Gute kommen.

A2 Niemand will sie, niemand braucht sie, Demokratieerklärungen sind Unfug - Wider die Stigmatisierung linken Engagements und für demokratische Hochschulen!

1 Im Nachklang der G20-Proteste begann letztes Jahr von konservativen und liberalen Kreisen ausgehend
2 bundesweit eine Debatte darüber, ob die Gesellschaft nicht „auf dem linken Auge blind“ gewesen sei. Auch
3 vor den Hochschulen machte diese Debatte keinen Halt und ihnen wurde von Vertreter*innen des Rings
4 Christlich demokratischer Studenten[sic!] und der Liberalen Hochschulgruppen mit erneuerter Vehemenz
5 attestiert ein sicherer Ort für „Linksextremismus“ zu sein. Als Beweise dafür sollten studentische
6 antifaschistische Initiativen, linke Bands auf Festivals der Studierendenschaft oder gemeinsame Anreisen zu
7 Demonstrationen herhalten. Es gipfelte letztendlich darin, dass der RCDS sich für eine Demokratieerklärung
8 als Studiumsbedingung aussprach. Diesen Versuchen antifaschistisches und linkes Engagement zu
9 stigmatisieren und aus Hochschulen und Gesellschaft zu verdrängen, müssen wir uns als
10 Jungsozialist*innen klar entgegenstellen.

11 Demokratieerklärungen- Ein Hauch von Tüll? Wohl eher gehört in den Müll!

12 Die Demokratieerklärung soll aus einem Bekenntnis zur Demokratie und zur freiheitlich-demokratischen
13 Grundordnung bestehen und von jedem*jeder Studierenden vor Beginn des Studiums geleistet werden
14 müssen. Mögliche Konsequenzen für die Studierenden bei „Bruch“ der Vereinbarung sind implizit nicht
15 ausgeschlossen.

16 Zum einen stellt dieser Vorschlag alle Studierenden damit unter einen Generalverdacht antidemokratische
17 Tendenzen zu hegen. Für Studierende gelten die gleichen Gesetze, wie für alle anderen Bürger*innen auch,
18 warum bedarf es bei ihnen einer besonderen Erklärung zur Demokratie? Mit Hinblick auf die G20-Debatte
19 in der die Initiative entstand, lässt sich schließen, dass gerade die vermeintlich progressive und tolerante
20 Studierendenschaft dieses Bekenntnis braucht, da sie konservativen und liberalen Gruppen politisch nicht
21 passt.

22 Zum anderen werden Studierende, die wirklich z.B. rechtsradikale Positionen vertreten, durch das
23 Unterschreiben dieser Erklärung nicht über Nacht zu lupenreinen Demokrat*innen. Schlimmer noch gerade
24 die Initiativen, die sich ihnen in den Weg stellen, geraten in den Verdacht etwas anrüchiges, gar
25 demokratiefeindliches zu tun.

26 Letztendlich zeigt sich hier, dass es den Initiator*innen nicht um den Schutz der Demokratie oder der
27 Bürgerrechte in einer liberalen Gesellschaft geht. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nur
28 mehr ein Schlagwort um Kritik am bestehenden System zu diskreditieren und unterschiedliche Arten der
29 Abweichung vom Status Quo im Begriff „Extremismus“ zu bündeln.

1 Dies wird gerne runtergebrochen, auf die Phrase: „Jeder Extremist ist Mist“. Getreu der in den
2 Sozialwissenschaften viel diskutierten und kritisierten Extremismustheorie, werden dabei antifaschistische
3 Aktivist*innen, die z. B. die bestehende Organisation von Kapital und Arbeit ablehnen mit Rechtsradikalen,
4 die offen rassistische, sexistische und/oder antisemitische Positionen vertreten, gleichgesetzt.

5 Auch die menschenfeindlichen Haltungen, die sich in der „Mitte der Gesellschaft“ finden lassen, werden
6 durch die Fokussierung auf die „extremistischen“ politischen Ränder marginalisiert.

7 Abschließend kann man sagen, dass es sich bei Demokratieerklärungen um ein Werkzeug handelt, welches
8 gegen rechte Antidemokrat*innen wenig auszurichten vermag, progressive und linke Teile der Bevölkerung
9 und Studierendenschaft mit ihnen gleichsetzt und rein gar nichts zu einer weiteren Demokratisierung der
10 Hochschulen und der Gesellschaft beiträgt.

11 **Linkes Engagement – ein neuer Tag, ein neuer Vorwurf**

12 Die Forderung nach Demokratieerklärungen fügt sich dabei in eine Reihe von Initiativen ein, die versuchen
13 eine weniger progressive und politisierte Studierendenschaft zu befördern. Schon in den vergangenen
14 Jahren brachten konservative und liberale Hochschulgruppen in vielen Studierendenparlamenten Anträge
15 ein, die sich klar gegen linkes Engagement richteten. Auch in Münster sprechen sich RCDS und LHG immer
16 wieder gegen Projekte wie die Baracke, ein demokratisch selbstverwalteter Veranstaltungs- und
17 Kulturraum der Studierendenschaft, aus. Kritisiert wird vor allem, dass die Baracke auch antifaschistischen
18 Initiativen einen Platz bietet. Dabei ist es gerade aus jungsozialistischer Perspektive wichtig, dass die
19 Studierendenschaft hier jungen Menschen Raum für ihren Einsatz und ihre demokratische Teilhabe bietet.

20 Vor wenigen Wochen wollte der RCDS im Studierendenparlament dann politische Neutralität bei der
21 Kleiderwahl der Parlamentarier*innen durchsetzen. Auf diese Idee kamen sie nicht in den letzten Jahren,
22 wo unter anderem aktive Burschenschaftler im Parlament anwesend waren, sondern erst als ein Mitglied
23 des SDS mit linker Symbolik auftauchte.

24 Diese Tendenzen beschränken sich dabei bei weitem nicht nur auf die Hochschulen und wir als
25 Jungsozialist*innen müssen uns dafür einsetzen, dass linkes Engagement weder auf dem Campus noch auf
26 dem Marktplatz zu einem Tabu wird.

27 **Demokratische Hochschulen – Ist die Faust oben, wird man dich loben!**

28 Wenn wir von Demokratie im Hochschulkontext reden, sollte es uns vielmehr darum gehen Hochschulen
29 wirklich demokratischer zu gestalten. Anstatt studentische Initiativen zu stigmatisieren, muss den
30 Studierenden der Raum gegeben werden sich in eine emanzipatorische Gestaltung der Lehre mit
31 einzubringen.

1 Dazu gehört, dass bestehende Institutionen, wie die Senate, endlich mit mehr Vertreter*innen der
2 Studierendenschaft besetzt werden. Die kleinste Statusgruppe der Professor*innen hat noch an zu vielen
3 Hochschulen eine Mehrheit, wohingegen die große der Gruppe der Studierenden viel zu oft nur ein paar
4 Vertreter*innen schicken kann.

5 Auch studentische Prorektor*innen sind hier ein Weg Studierende demokratisch in die Verwaltung und
6 Gestaltung ihrer Hochschulen einzubinden.

7 Vor allem aber muss es allen Studierenden möglich sein, sich selbst zu organisieren, die eigenen Ideen in
8 die Lehre und die Studierendenschaft hineinzutragen und sich auch im gesamtgesellschaftlichen Kontext,
9 durch Protest und auf Demonstrationen, Gehör zu verschaffen. Dabei ist besonders antifaschistisches
10 Engagement zu fördern, da es den Teilen in Gesellschaft und Studierendenschaft widerspricht, die
11 rechtsradikale Positionen tolerieren oder vertreten.

12 Daher fordern wir:

- 13 - eine klare Absage an jedwede Form von Demokratieerklärungen an Hochschulen, gerade auch im
14 Hinblick auf das anstehende Hochschulgesetz in NRW.
- 15 - die Abkehr von einer Extremismustheorie, die linkes Engagement stigmatisiert.
- 16 - die Einbindung der Studierendenschaft in die demokratischen Institutionen der Hochschulen
- 17 - den Schutz und die Förderung von studentischen Initiativen, die das bestehende System kritisch
18 hinterfragen und verändern wollen

A3 Nicht hip, nicht rebellisch – rechtsradikal! Unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung

1 „Nicht links, nicht rechts – identitär!“ – Das ist das Selbstbild der Identitären Bewegung. Keine Gruppierung
2 steht so sinnbildlich und prominent für die Umwälzungen in der politischen, gesellschaftlichen und
3 kulturellen Rechten wie sie. Doch was versteckt sich hinter diesen catchy slogans, dem professionellen
4 Multimedia-Auftritt und der charismatischen Fassade der Bewegung? Ist „identitär“ nicht vielleicht längst
5 das neue „völkisch“?

6 Unser jungsozialistisches und antifaschistisches Engagement erfordert es, die Identitäre Bewegung genau
7 zu beobachten, uns ihre theoretisch-inhaltliche und strategische Ausrichtung insbesondere in Abgrenzung
8 zu anderen Erscheinungsformen von Rechtsradikalismus klar zu machen und angesichts ihrer Kontakte in
9 andere parlamentarische oder gesellschaftlich-kulturelle Gruppierungen der neuen Rechten hinein eigene
10 antifaschistische Gegenstrategien zu erarbeiten.

11 Die Identitäre Bewegung – eine historischer Abriss

12 Wichtig ist vorab zu wissen, dass die Identitäre Bewegung sich beileibe nicht auf Deutschland beschränkt.
13 Im Gegenteil: der deutsche Ableger der Bewegung bildete sich ab 2012 in der Tradition der französischen
14 *Génération Identitaire (GI)* heraus. Diese ist ihrerseits als die Nachfolgeorganisation der *Unité Radicale* zu
15 begreifen, ebenjener Organisation, welche nach einem versuchten Anschlag auf den ehemaligen
16 französischen Premier Chirac verboten wurde. Und auch in anderen Ländern Europas bildeten sich Ableger
17 der Identitären heraus.

18 In Deutschland trat die IB zum ersten Mal 2012 in die Öffentlichkeit. Mit einer Flashmob-Aktion störten
19 einige Anhänger*innen die damals stattfindenden interkulturellen Wochen in Frankfurt am Main.
20 Seit 2014 ist die Identitäre Bewegung nun als Verein beim Amtsgericht Paderborn eingetragen.
21 Nach wenigen Jahren ohne nennenswerte öffentliche Auftritte, erlebte die IB im Zuge der sogenannten
22 Flüchtlingskrise und die dadurch induzierte Asyl- und Migrationsdebatte in der politischen Öffentlichkeit ab
23 Sommer 2015 bedeutenden Aufwind. Es folgten einige mehr oder minder erfolgreiche und
24 aufsehenerregende Aktionen, wie Flash-Mobs, Störaktionen oder Auftritte bei Kundgebungen. Darüber
25 hinaus ist etwa seit dieser Zeit zu beobachten, dass immer öfter und offensiver Flyer, Sticker und ähnliche
26 Give-Aways auf den Straßen verteilt wurden und werden.

27 Die Aktionen und ihre verschiedenen Erscheinungsformen machen deutlich, wie gut vernetzt die
28 Ortsgruppen und auch die Ableger verschiedener Staaten untereinander sind, wie groß der Aktivismus bei
29 einigen ist und besonders über welche finanzielle und organisatorische Infrastruktur die Gruppen bereits
30 verfügen müssen.

1 **Inhaltliche und theoretische Grundlagen der Identitären Bewegung**

2 Dreh- und Angelpunkt der inhaltlichen Ausrichtung der Identitären ist das Konzept der sogenannten
3 „Ethnokulturellen Identität“. Hierin liegt zunächst scheinbar ein entscheidender Unterschied zu
4 „altrechten“ oder klassisch neonazistischen Strömungen, die an der Tradition des Rassenbegriffs festhalten
5 und diesem weiterhin offen Zentralität innerhalb ihrer Ideologie einräumen.

6 Versucht man, das identitäre Verständnis einer kulturellen Identität zu entschlüsseln, kristallisiert sich
7 jedoch schnell heraus, dass dieses Konzept nur Ersatz für den Rassenbegriff sein soll.

8 Das Konzept propagiert zunächst eine naturgegebene Verschiedenheit von Völkern, die sich in
9 Gewohnheiten, Werten, Kultur, Herkunft, Religiosität und sozialen Dynamiken äußert. Jede kulturelle
10 Identität ist demnach einzigartig, woraus im Anschluss das Recht bzw. die Verpflichtung hergeleitet wird,
11 diese zu verteidigen. Ein Individuum selbst ist naturgemäß über seine ursprüngliche Verortung in einem
12 bestimmten Territorium und einem bestimmten Volk auch einer kulturellen Identität zugeordnet. Ein
13 Wechsel dieser ist unmöglich. Diese Vorstellung macht die Kultur zu etwas statischem und historisch nicht
14 wandelbarem, das nach innen homogenisierend und nach außen exkludierend wirken soll. Aus dieser
15 Konzeption ergibt sich für die Identitäre Bewegung das unbedingte Erfordernis der räumlichen und
16 kulturellen Trennung von Gruppen verschiedener Identitäten zur Vermeidung jedweder „Vermischung“.
17 Solange eine Trennung nicht vollzogen ist, ist im Weltbild der IB auch keine „echte“ Demokratie zu
18 akzeptieren, da diese nur als Form eines ethnisch und kulturell homogenen Staats zulässig sein könne. Aus
19 dieser Prämisse leitet die IB die Ablehnung des derzeitigen demokratischen Systems ab.

20 Letztlich entfaltet das Konzept der ethnokulturellen Identität durch die Anknüpfungspunkte „Territorium
21 und Volk“ (die Assoziation zu „Blut und Boden“ ist nicht zufällig) dieselbe biologisch-exkludierende und
22 homogenisierenden Wirkungen wie der Rassenbegriff. Die im Kontext politischer Agitation erfolgende
23 Abstufungen zwischen den unterschiedlichen „Kulturen“ und die Darstellung einiger als minderwertig und
24 bedrohlich auf der einen Seite bei gleichzeitigem Verteidigungswillen weniger auf der anderen Seite spricht
25 ebenfalls ihre eigene Sprache.

26 Und deshalb ist auch die programmatisch-politische Ausrichtung eines „Dreiklangs aus sicheren Grenzen,
27 Remigration und Hilfe vor Ort“ wenig mehr als das „Ausländer raus“ aus früheren Zeiten oder anderen
28 Gruppierungen. Klar ist: egal, ob von Rasse oder von ethnokultureller Identität die Rede ist: die Ideologie
29 der Identitären Bewegung ist durch und durch völkisch und rassistisch und entsprechend vehement ist ihr
30 zu widersprechen.

31 Dass die Fluchtbewegung nach Europa als „Völkermord“ mit dem Holocaust gleichgesetzt wird, und
32 konstant die Verschwörungstheorie einer „großen Umtauschung“ genährt wird, zeigt zudem, welch

1 widerwärtiger Antisemitismus in der Identitären Bewegung vorherrscht. Ebenso liegt der Ideologie der IB
2 ein zutiefst geschichtsrevisionistisches Programm zugrunde, wonach man endlich wieder ein
3 selbstbewusstes Verhältnis zur eigenen Identität entwickeln und den „Schuldskult“ über die Geschehnisse
4 des zweiten Weltkriegs und der Shoah überwinden solle.

5 **Hippe Rebellen statt glatzköpfige Neonazis – wie die IB attraktiv und anschlussfähig wirkt**

6 Dass die Identitäre Bewegung vom Rassenbegriff sowie von platten Parolen selbst sehr bewusst keinen
7 Gebrauch macht, hat im Ergebnis keine inhaltlichen sondern strategische Gründe. Größtenteils geht es
8 darum, sich von jenen Strömungen zu distanzieren, welche über Jahre das Bild der rechtsradikalen Szene in
9 Deutschland in ihrer ganz anderen Art und Weise geprägt haben. Diese Distanz wird unter anderem durch
10 einen möglichst intellektuellen Auftritt, der eben auch von einer bestimmten Wortwahl begleitet ist,
11 erreicht. Die IB präsentiert sich als gemäßigt und gebildet, um anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft
12 zu erscheinen.

13 Diese Anschlussfähigkeit erreicht sie jedoch nicht nur über die möglichst intellektuelle und
14 ausdifferenzierte Kommunikation ihres Weltbilds. Den Identitären ist es über die Jahre gelungen, ihr
15 Auftreten so weit zu modernisieren und zu professionalisieren, dass sie rein Äußerlich längst in der Lage
16 sind, wie eine seriöse und hippe Jugendgruppe daher zu kommen. Hinzukommt, dass die Aktivist*innen
17 sich bewusst Aktionsformen, die ursprünglich aus dem linken Lager kommen, zu eigen machen und es
18 verstehen, diese professionell, öffentlichkeitswirksam und spektakulär zu präsentieren.

19 Erklärtes Ziel der IB ist dabei die Ansprache von vorrangig jungen Menschen. Die Inszenierung ihrer selbst
20 als Tabubrecher*innen gegenüber dem „links-grünen Establishment“, als europäische und patriotische
21 Widerstandskämpfer*innen und als die geistige Elite und das Sprachrohr einer größeren gesellschaftlichen
22 Dynamik üben zweifelsohne positive Reize auf viele junge Menschen aus, die sich politisch größtenteils
23 bereits rechtsradikalen, extrem konservativen oder christlich fundamentalistischen Milieus zuordnen
24 lassen. Gleichzeitig bergen diese Anreize gepaart mit dem Aufrechterhalten einer gemäßigten Fassade, dem
25 Ringen um die positive Besetzung von „Heimat“ oder „Patriotismus“ und einem Versprechen von
26 Gemeinschaft und Verantwortung das Potenzial, auch junge Menschen aus anderen politischen Milieus
27 bzw. bisher unpolitische Menschen anzusprechen und für sich zu gewinnen.

28 Diese Anschlussfähigkeit ist gerade im Hinblick auf den beinahe vollständig ermöglichten Zugang zu den von
29 der IB beinahe propagandistisch aufbereiteten Inhalten und Positionen gefährlich – insbesondere auch für
30 junge und politisch weniger gefestigte Menschen.

31 Getreu dem Motto „Wehret den Anfängen“ ist es bereits jetzt – da die IB noch vergleichsweise wenige
32 Mitglieder zählt - an Gesellschaft und Politik, präventiv zu wirken, den Videos, Aktionen und Inhalten der

1 Aktivist*innen etwas entgegen zu stellen und darüber aufzuklären, was sich hinter der anziehenden
2 Fassade der hippen und intellektuellen Rebellen verbirgt.

3 **Heimat, Freiheit, Tradition – Die Identitäre Bewegung im Milieu der Burschenschaften**

4 Im Rahmen dessen müssen auch die Verstrickungen von Burschenschaftern in der Identitären Bewegung
5 ehrlich angesprochen und angegangen werden, denn einzelne Studentenschaften, insbesondere solche, die
6 im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) organisiert sind, spielen beim Aufbau rechter Netzwerke
7 in deutschen Hochschulstädten und der Einbindung der IB in ebendiese eine nicht zu unterschätzende
8 Rolle.

9 Von losem Kontakt, über Bereitstellung von Infrastruktur für Veranstaltungen bis hin zur Durchführung
10 gemeinsamer Veranstaltungen und handfesten personellen Überschneidungen bilden die Verstrickungen
11 ein weites Feld.

12 Die inhaltliche Ausrichtung der Identitären Bewegung ist dabei weniger Hindernis als gemeinsamer Nenner
13 der Zusammenarbeit. Werte wie Heimat, Freiheit, Tradition bilden in beiden Gruppen Grundlage des
14 Selbstverständnisses.

15 Dabei verfolgt die IB eine klare Strategie. Zum einen macht man sich das bestehen rechter Strukturen in
16 akademischen Kreisen als eine Art Basis zunutze. Die geteilten Ideale von Männlichkeit und Wehrhaftigkeit,
17 sowie politischen Grundsätzen von Konservatismus und Patriotismus entfalten ihre eigene Wirkkraft. Zum
18 anderen zielt man aber auch explizit darauf ab, auf Grundlage dieser Basis eigene Strukturen innerhalb von
19 Studierendenschaften zu errichten, um dort Fuß zu fassen und junge Menschen anzusprechen. Dabei spielt
20 das oben angesprochene Image der intellektuellen Rebellen eine entscheidende Rolle.

21 Die Hochschulen, als demokratische Räume und ihre Studierendenschaften sind hier in der Pflicht. Auch in
22 diesen Räumen braucht es präventive Bildungsangebote, die sowohl die Identitäre Bewegung selbst
23 thematisieren als auch über die Burschenschaften, ihr reaktionäres Weltbild und die Verstrickung einiger in
24 der Neuen Rechten aufklären.

25 **Mehr als nur inhaltliche Gemeinsamkeiten – Identitäre und die AfD**

26 Selbstverständlich agiert die Identitäre Bewegung nicht im luftleeren Polit-Raum. Vielmehr pflegt sie sich
27 seit ihrer Gründung in ein allgemein erstarkendes Spektrum Neu-Rechter Strukturen ein.

28 Seit die AfD in die Landtage und schließlich in den Bundestag einzog, ist auch der direkte Einfluss der
29 Bewegung auf parlamentarische Realitäten nicht zu ignorieren. Auch, wenn die AfD, die 2016 einen
30 Unvereinbarkeitsbeschluss mit der IB in ihr Parteistatut aufnahm, offiziell immer wieder betont, es fände
31 keinerlei politische Zusammenarbeit statt, besteht offensichtlich eine so große inhaltliche Überschneidung,

1 dass mehrfach angeregt wurde, IBler*innen sollen sich der AfD anschließen. Niemand anderes, als
2 Parteichef Gauland selbst, formulierte zuletzt die eindeutige Erwartungshaltung, dass „Menschen, die wie
3 die AfD denken, bei [ihr] mitmachen“ und wurde bzgl. der IB noch klarer, als er sagte, er sehe „überhaupt
4 nicht ein, warum wir mit der Identitären Bewegung zusammenarbeiten sollten, denn die können alle zu uns
5 kommen“. AfD-MdB Peter Bryston wurde auf der rechtspopulistischen Plattform Journalisten-Watch sogar
6 noch deutlicher, indem er sagte, die IB sei für die AfD das, was die Greenpeace für die Grünen gewesen sei.

7 Von diesen Signalen ermutigt, werden die personellen und inhaltlichen Überschneidungen vor allem in der
8 Jugendorganisation der AfD, der Jungen Alternative (JA), sichtbar. Diese fordert in ihrem „Deutschlandplan“
9 einen sofortigen „Migrationsstop“, den "kulturellen und ethnischen Erhalt des deutschen Volkes“ und eine
10 Abschiebequote von 100%. Die Übereinstimmung mit dem oben genannten Konzept der ethnokulturellen
11 Identität und der politischen Forderung nach Remigration, Grenzsicherung und Hilfe vor Ort, welches die IB
12 formuliert hat, ist offenkundig. Die JA zählt seit jeher zum rechts-nationalen Flügel der Partei rund um
13 Björn Höcke und genießt seit dem Zurückdrängen „gemäßigter“ Kräfte wachsende Bedeutung innerhalb der
14 AfD.

15 Und so verwundert es auch nicht, dass von den 350 AfD-Mitarbeiter*innen in Wahlkreisbüros und im
16 Bundestag mindestens 35 Aktivist*innen der Partei Jugend mit teilweise direkten Verbindungen zur IB in
17 Abgeordnetenbüros angestellt sind.

18 Ein weiteres entlarvendes Beispiel: AfD-Abgeordneter Hans-Thomas Tillschneider unterhält sein
19 Abgeordnetenbüro im selben Bürokomplex in Halle an der Saale, in dem auch die Identitären und zudem
20 Büroräume der rechten Organisation „1-Prozent“, des von Götz Kubitschek geleitete „Institut für
21 Staatspolitik“ und des rechten Modelable *Radical Esthetics* ihre Anschrift haben.

22 Es wäre ein leichtes, diese Verbindungen noch um zahlreiche Beispiele von Auftritten von IBler*innen bei
23 PEGIDA, Einladungen von Neurechten Publizisten und führenden Köpfen der IB bei Veranstaltungen von
24 Burschenschaften usw. zu ergänzen. Sie sollen hier allerdings nur beispielhaft stehen und zeigen, wie
25 brandgefährlich die Identitäre Bewegung und ihre Ideologie auch jetzt schon für die parlamentarische
26 Debatte und die Verschiebung ebendieser nach rechts ist.

27 Die Konsequenz, die sich aus diesen Erkenntnissen für alle demokratischen Kräfte ergeben sollte, ist
28 zweiseitig. Erstens sind die inhaltlichen und personellen Verstrickungen der AfD ein weiterer bedeutender
29 Grund, warum diese Partei eben keine Partei wie alle anderen ist und nie sein wird. Dass sie auch
30 dementsprechend behandelt gehört, schließt jegliche Zusammenarbeit oder Übereinstimmung kategorisch
31 aus. Wir als Jungsozialist*innen fühlen uns auch durch diese Erkenntnis weiter in unserem entsprechend
32 kompromisslosen Umgang mit der AfD und ihren Vertreter*innen bestätigt und es liegt an uns, zu allen

1 Gelegenheiten diesen Standpunkt deutlich zu machen und auch andere Kräfte darauf aufmerksam zu
2 machen und dieselbe Haltung einzufordern.

3 Zweitens führt uns die Erkenntnis aber auch noch einmal die Notwendigkeit des Kampfes gegen die
4 Identitäre Bewegung selbst vor Augen. Es reicht nicht, der Bewegung aufgrund ihrer zahlenmäßig
5 vergleichsweise geringen Stärke (ca. 500 Mitglieder bundesweit), Bedeutung abzusprechen. Gerade weil
6 sich für die Ideologie der IB mittlerweile nicht nur ein gesellschaftlicher sondern durch die AfD auch ein
7 parlamentarisch-politischer Resonanzraum bietet, sind wir und alle demokratischen und antifaschistischen
8 Kräfte in der Pflicht, sich dem Kampf gegen die Identitären und ihrer Ideologie anzunehmen.

9 Doch auch der Staat ist gefordert. Die Identitäre Bewegung wird als sogenannter „Verdachtsfall“ durch den
10 Verfassungsschutz beobachtet. Im kürzlich vorgestellten Bericht wird – auf gerade einmal zwei Seiten - auf
11 das Konzept des Ethnospluralismus, ihre Demokratiefeindlichkeit und die verschiedenen Aktivitätsformen
12 der Bewegung eingegangen. Kein Wort jedoch zu den Verbindungen zur Jungen Alternative oder der AfD
13 oder auch zu den Bestrebungen, gezielt Einfluss in Burschenschaften und Unistädten zu gewinnen. Das
14 muss sich ändern. Der Verfassungsschutz ist dringend dazu aufgerufen, solange er in seiner jetzigen Form
15 existiert, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die Gefahr aus dem rechtsradikalen Raum ernst zu
16 nehmen.

17 **Ihr sprecht nicht für uns! – Gegen die Instrumentalisierung von Feminismus durch die** 18 **Antifeministen der IB**

19 Im Zuge ihrer rassistischen und antimuslimischen Hetze macht die Identitäre Bewegung auch davor nicht
20 Halt, immer wieder ausgerechnet Frauen* an ihre Spitze zu stellen und einen kruden Feminismus als
21 Begründung für ihren Fremdenhass anzuführen. Das Argument: die Asylpolitik der vergangenen Jahre habe
22 es 1000en fremden Männern ermöglicht, hierher zu kommen, um hier nun unbehelligt und völlig
23 triebgesteuert sexuelle Gewalt an (deutschen) Frauen* und Mädchen zu üben. Zuletzt geschah dies
24 besonders öffentlichkeitswirksam durch die Initiative „120dB“.

25 Dieses Vorgehen ist in vielerlei Hinsicht perfide. Denn zwar inszeniert sich die IB, beispielsweise und dem
26 Hashtag #identitariangirls, gerne als Anlaufstelle auch für junge Frauen*, die sich gegen die „Bedrohung
27 durch die Einwanderungsflut an jungen Männern“ und für den Erhalt ihrer Heimat einsetzen wollen.
28 Gleichzeitig macht die Bewegung keinen Hehl aus ihrem zutiefst frauenfeindlichen Menschenbild. Jegliche
29 emanzipatorische Kräfte sind abzulehnen. Stattdessen sollen Frauen* einen Freund haben, möglichst
30 schnell heiraten und Kinder bekommen. Die wenigen Aktivistinnen der Bewegung werden aus Kalkül nach
31 vorne gestellt und nicht selten instrumentalisiert, um männliche Mitglieder anzuspornen.

1 Klar ist gleichzeitig, dass der krude „Feminismus“ den die Identitären zu propagieren zu versuchen, nur ein
2 Feminismus für weiße Frauen* sein soll, der sich gegen sexualisierte Gewalt ausschließlich fremder
3 (muslimischer) Männer richtet. Das offenbart die ganze antiemanzipatorische, rassistische und
4 menschenfeindliche Fratze der Identitären Bewegung aufs Neue.

5 Für uns als feministischen Richtungsverband ist klar, dass wir für einen emanzipatorischen, allinklusiven
6 Feminismus stehen, der sich niemals zu rassistischer Propaganda instrumentalisieren lässt. Wir wehren uns
7 gegen jegliche solcher Bestrebungen durch konservative und rechte Kräfte und werden nicht müde, deren
8 Antifeminismus aufzudecken und anzuprangern.

9 **Alerta Antifascista – unser Kampf gegen die Identitäre Bewegung**

10 Der rassistischen, antisemitischen, antifeministischen, völkischen und nationalistischen Ideologie der
11 Identitären Bewegung kann nicht laut genug widersprochen werden. Für uns als Jungsozialist*innen und
12 Antifaschist*innen ergibt sich deshalb:

- 13 - Unser Antifaschismus ist feministisch! Wir denken Feminismus als Querschnittsthema in der
14 Strukturierung unserer antifaschistischen Arbeit mit, wir zeigen auf, wo Feminismus für rassistische
15 Propaganda missbraucht wird und wir decken den Antifeminismus der Rechten konsequent auf.
- 16 - Wir stellen uns der Identitären Bewegung überall entgegen. Ihre Aktionen und Inhalte bleiben
17 niemals unwidersprochen. Wir engagieren uns im Gegenprotest und stellen ihrer rechten Ideologie
18 zu jeder Zeit unsere Idee einer solidarischen, offenen und gerechten Gesellschaft entgegen.
- 19 - Dabei sind wir nicht alleine. Wir organisieren uns in antifaschistischen Bündnissen und bringen
20 unseren Entgegnungen gemeinsam auf die Straße und ins Netz.
- 21 - Wir pflegen dabei besonders die Kontakte zu hochschulpolitischen Akteur*innen und namentlich
22 den Juso-Hochschulgruppen, die eine bedeutende Kraft gegen die Umtriebe der IB an den
23 Hochschulen und Unistädten sein können und sich seit Jahren der politischen Aufklärung über und
24 dem Kampf gegen rechte Burschenschaften verschrieben haben.
- 25 - Der Unvereinbarkeitsbeschluss, den die SPD bzgl. Burschenschaftern aus dem Dachverband der
26 Deutschen Burschenschaft getroffen hat, ist insb. im Lichte der Verstrickungen in die Neue Rechte
27 weiterhin richtig und wichtig. Wir fordern die Erweiterung dieses Beschlusses auf andere
28 Burschenschaften und Verbindungen abseits der DB, welche vergleichbare völkisch-rassistische
29 Positionen vertreten.
- 30 - Wir fordern die Politik auf, die Gefahr durch die Neue Rechte noch ernster zu nehmen. Es braucht
31 umfassende Unterstützung für Präventions- und Aussteiger*innenangebote. Aber auch die
32 generelle politische und historische Bildung gerade junger Menschen und ihre demokratische
33 Erziehung in allen staatlichen Einrichtungen verdient höchste Priorität.

- 1 - Die Identitäre Bewegung muss stärker in den Fokus des Staatsschutzes rücken. Insbesondere ihre
2 Verstrickung in der AfD muss endlich aufgedeckt und thematisiert werden.
- 3 - Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch dringend geboten, die AfD und ihre Jugendorganisation, die
4 JA, unter Beobachtung des Verfassungsschutzes zu stellen, solange dieser noch die für derartige
5 Aufgaben zuständige Behörde ist.
- 6 - Die AfD bleibt in unseren Augen eine undemokratische Partei, mit der sich jegliche Zusammenarbeit
7 und Annäherung verbieten. Wir grenzen uns immer und überall von ihren Positionen ab und
8 entlarven ihren Nationalismus und Rassismus. Wir fordern von der SPD, sich in diesem
9 kompromisslosen Umgang ebenfalls weiterhin treu zu bleiben.

A4 Tag der Befreiung! – Befreiung von sich selbst!

1 Ins Bewusstsein der Bundesrepublik drang der 08. Mai als „Tag der Befreiung“ durch Bundespräsident
2 Richard von Weizsäcker, der in seiner Rede anlässlich des 40. Jahrestages im Bundestag sagte: „Der 8. Mai
3 war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der
4 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

5 Er legte damit die Grundlage von der Abwendung der Betrachtung des 08. Mais als mit einem guten Stück
6 Wehmut empfundenen Tag der deutschen Niederlage. Stattdessen entsprach er damit dem Wunsch der
7 Bevölkerung des Weltmeisters in Vergangenheitsbewältigung, Deutschland, nach Wiedergutwerdung und
8 Tilgung der Schmach. Er nahm eine Umdeutung vor, wonach nicht mehr Deutschland verantwortlich sei für
9 den von seinem Boden ausgehenden Vernichtungskrieg, sondern die Deutschen eigentlich nur getäuscht
10 wurden, denn „die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen
11 und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es
12 hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient.“ Zwar wollten die Alliierten
13 Deutschland mit Sicherheit am 08. Mai nicht befreien sondern zur bedingungslosen Kapitulation zwingen
14 doch bedeutet der Tag der Befreiung für ganz Europa die Befreiung vom deutschen Faschismus.

15 73 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs und der Befreiung von Auschwitz als Symbol für das größte
16 Verbrechen der Menschheit, ist der Tag der Befreiung im Bewusstsein Bürger*innen wie jeder andere. Zwar
17 wird im Bundestag eine Gedenkstunde abgehalten jedoch merkt man auf Deutschen Straßen nichts davon,
18 dass am 08. Mai der deutsche Faschismus besiegt wurde und die Deutschen von ihrem selbst gewählten
19 Leid befreit wurden. Die Alliierten wurden vielerorts mit Sicherheit nicht als Befreier*innen begrüßt und
20 doch befreiten sie alle Unterdrückten und alle Folgenden Generationen vom Faschismus und brachten
21 Demokratie. Der 08. Mai sollte ein Tag sein, an allen getöteten Menschen gedacht werden sollte, die das
22 Nazi-Deutschland Regime gefordert hat. Der 08. Mai sollte ein Tag sein, an denen man allen Soldat*innen
23 gedenkt, die ihr Leben dafür geopfert haben, Nazi-Deutschland zur bedingungslosen Kapitulation zu
24 zwingen, und Europa Frieden brachte. Der 08. Mai sollte ein Tag sein, an dem alle Deutschen mit ihrer
25 eigenen Geschichte konfrontiert werden. Es muss aufgezeigt werden, dass anders als in Weizäckers Rede
26 die Deutschen nicht von den Nazis getäuscht wurden, sondern mitgemacht haben. Dennoch ist der 08. Mai
27 ein Tag der Befreiung. Befreiung für alle Menschen, die von Nazi-Deutschland unterjocht wurden und mit
28 ihrem Leben zahlen mussten. Aber auch Befreiung für alle kommenden Generationen in Europa und
29 Deutschland, die in einer freien und offenen Demokratie leben können und ihr Leben nach ihren Wünschen
30 gestalten können. Das Ziel der Alliierten war die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Befreit wurde
31 Europa und alle unterdrückten und nachfolgenden Generation vom Faschismus.

32 Daher fordern wir:

1 Der Tag der Befreiung sollte als Moment der kollektiven europäischen Erinnerung zum gesetzlichen
2 Gedenk- und Feiertag erklärt werden.

3 Damals bedrohte der Faschismus die grundlegenden Werte des Humanismus und der Menschlichkeit, die
4 Demokratie und liberalen Freiheiten. Antisemitismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene
5 Menschenfeindlichkeit sind 73 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa wieder auf dem
6 Vormarsch. Mit der AfD rassistische, antisemitische und sexistische Partei im Deutschen Bundestag. Es gilt
7 auch heute, sich mutig und entschlossen gegen jede Form autoritärer und rassistischer Hetze
8 entgegenzustellen. Der Tag der Befreiung als bundesweiter Gedenk- und Feiertag kann Raum für das
9 gemeinsame Gedenken bieten. Erinnerung bleibt nur lebendig, wenn sie als Teil heutiger gesellschaftlicher
10 Diskussion erhalten bleibt. Antisemitische Angriffe, Verachtung für Andersdenkende und Andersgläubige
11 sind Gründe genug, den 08. Mai als Gedenktag für Humanität, Toleranz und Demokratie und als Tag der
12 Erinnerung an die Opfer sowie an die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer zu machen.

A5 „Wer nicht schwimmen kann, der taucht?“

1 Es gibt einen Ort, an dem die immer weiter erstarkende Rechte Europas schon lange gesiegt hat und dieser
2 Ort ist das Mittelmeer: Bis Juli 2018 sind bereits 1500 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Jeden Tag
3 werden es mehr. Dank eines seit Jahren fortschreitenden Rechtsrucks in fast sämtlichen Mitgliedsstaaten
4 Europas hat die Europäische Union schon vor einiger Zeit damit begonnen, die staatlich geförderte
5 Seenotrettung von Geflüchteten immer weiter zurückzufahren. Statt den Schiffen der Operation „Mare
6 Nostrum“, die von der italienischen Regierung noch weitestgehend zur Seenotrettung eingesetzt wurden,
7 kreuzen seit 2014 Schiffe der Operation „Triton“ vor den Küsten Italiens. Der Hauptzweck dieser Operation
8 ist es, Europas Außengrenzen und mediterrane Urlaubsparadiese vor Menschen zu schützen, deren letzte
9 Hoffnung oftmals die Überquerung des Mittelmeeres mit Hilfe eines kaum seetüchtigen Holz- oder
10 Schlauchbootes darstellt. Durch einen Einsatz der Schiffe im primär küstennahen Bereich überließ „Triton“
11 die Rettung von Menschen in internationalen Gewässern wissentlich privaten (Handels-)Schiffen.

12 Seit einigen Monaten kommt nun ein neuer, erschreckender Trend hinzu: europäische Mittelmeerstaaten
13 wie beispielsweise Italien, Spanien oder Malta verweigern den Schiffen privater Rettungsorganisationen mit
14 Geflüchteten vermehrt das Einlaufen in ihre Häfen. Die Konsequenzen dieser Strategie lassen sich
15 besonders gut am Beispiel der „Lifeline“ beobachten: an Bord des Schiffes kam es zu einem Ausbruch von
16 Krätze und medizinische Notfälle konnten nicht adäquat behandelt werden. Erst am 27. Juni, sechs Tage
17 nach der Rettung der Geflüchteten erhielt die „Lifeline“ schließlich die Erlaubnis, in den Hafen von Malta
18 einzulaufen. Der Erlaubnis gingen lange Diskussionen voraus, welche Staaten der Europäischen Union dazu
19 bereit seien, die Geflüchteten an Bord des Schiffes aufzunehmen.

20 Die Debatte um private Seenotrettung im Mittelmeer wird oft noch durch einen anderen Faktor erschwert:
21 In vielen Ländern der EU steht „Schlepperei“, also die Verfügbarmachung der illegalen Einreise für eine
22 Person unter Strafe. Dies führt dazu, dass die Mitglieder der Rettungsorganisationen in vielen Fällen auf
23 Grund von Rettungsaktionen wegen Schlepperei strafrechtlich verfolgt werden. Hierbei wird jedoch oft
24 verkannt, dass die Retter*innen sich laut geltendem Völkerrecht gesetzentreu verhalten: Gemäß
25 Völkergewohnheitsrecht ist jedes Schiff dazu verpflichtet, Menschen aus Seenot zu retten und sie an einen
26 „sicheren Ort“ zu bringen. Der Begriff des „sicheren Ortes“ ist nicht etwa mit dem des „sicheren Hafens“
27 gleichzusetzen und umfasst wohl kaum afrikanische Länder wie Algerien, Libyen oder gar Syrien, in denen
28 oft Krieg oder anhaltender Terror herrschen.

29 Der gerade beschriebene Status Quo macht nur allzu deutlich, wie sehr sich der in der europäischen Union
30 geführte Diskurs in den letzten Jahren verschoben hat. Die Institution, die jahrzehntelang als
31 Vorzeigeprojekt einer Solidargemeinschaft galt und 2012 den Friedensnobelpreis erhielt, verlässt sich bei
32 der Rettung von Menschen in Seenot und Lebensgefahr mehr und mehr auf private Gruppierungen, welche

1 sich im schlimmsten Fall vor Gericht für Ihre Menschlichkeit verantworten müssen. Es gilt scheinbar das
2 Motto: „Wer nicht schwimmen kann, der taucht.“

3 Das Sterben von Menschen im Mittelmeer und die zunehmende Gefühlskälte werden befeuert durch
4 Politiker*Innen, die Geflüchtete wahlweise als „Menschenfleisch“ bezeichnen oder keine Notwendigkeit für
5 eines der wohlhabendsten Länder Europas sehen, einen Teil der geretteten Menschen aufzunehmen.

6 **I. „Aber ich schau euren Schlauchbooten beim Kentern zu“**

7 In vielen Ländern Europas, wie zum Beispiel Deutschland, Österreich oder Italien steht Schlepperei und
8 somit auch die Rettung in Seenot geratener Geflüchteter unter Strafe. Dies ist eine unhaltbare Situation.
9 Anstatt das Retten von Menschenleben unter Strafe zu stellen, sollte ein gemeineuropäischer Konsens
10 dahingehend gefunden werden, dass private Organisationen zur Seenotrettung nicht mehr länger
11 strafrechtlich wegen Schlepperei verfolgt werden. Die Mitgliedstaaten der europäischen Union sollten
12 stattdessen weiterhin auf eine gerechte Aufnahme der in den Mittelmeerstaaten ankommenden Menschen
13 hinarbeiten. Wir dürfen eben nicht länger Schlauchbooten beim Kentern und Menschen beim Sterben zu
14 sehen, es ist an der Zeit europäische Seenotrettung zu institutionalisieren.

15 **II. „Wenn es mir schlecht geht, seh‘ ich gern/ Dass es euch schlechter geht“**

16 Mit dieser Mentalität wird immer häufiger die Thematik der Seenotrettung angegangen. Minderheiten und
17 Bedürftige gegen einander ausgespielt und das Retten von Menschenleben als Straftat dargestellt. Um den
18 Schein von Menschlichkeit aufrecht zu erhalten, fangen die Populist*innen und Nationalist*innen nun
19 davon an zu schwadronieren, dass man die Flüchtlinge retten, dann aber bitte nach Libyen bringe solle.
20 Doch das darf für uns keine Lösung sein. Den Fliehenden muss ein menschenwürdiges Leben gesichert
21 werden und die populistische Forderung ohne weiteres Küstenstaaten, in denen bürgerkriegsähnliche
22 Verhältnisse herrschen, als sicher zu erklären, ist eine die wir ohne zweimal darüber nachzudenken,
23 abzulehnen haben! Es liegt mit in unserer Verantwortung dafür zu sorgen, dass die Geflohenen in ihrem
24 Ankunftsland sicher und menschenwürdig leben können. Somit liegt es auch in unserer Verantwortung
25 adäquate Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Bevor dies geschieht und solange die heutigen
26 Verhältnisse dort vorherrschen, dürfen wir es nicht zulassen, dass Geflüchtete in diese Staaten rückgeführt
27 werden.

28 **III. „Ich träume oft von früher/ Und wie schön es war/ Als man sich heimisch fühlen konnte im 29 eigenen Land“**

30 Münster ist seit jeher eine Stadt der Willkommenskultur und des Miteinanders. Eine Stadt der Integration.
31 Im Gegensatz zu rechten Trollen und den so-geannten Patriot*innen träumen wir aber von der Zukunft
32 und wie schön es wird, wenn es bunter wird in Münster. OB Markus Lewe hat die Anregung der Initiative
33 „Münster-Stadt der Zuflucht“ sich dem Beispiel von Köln, Bonn und Düsseldorf anzuschließen und

1 Geflüchtete aus Seenotrettungsmissionen aufzunehmen, mit einem populistischen Argumentationsmuster
2 abgelehnt. Laut Lewe sei es durch die erfolgreiche Verhinderung einer Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) in
3 Münster nicht mehr „vermittelbar“ sich für die Aufnahme von Seenotflüchtlingen auszusprechen. Da
4 Münster einerseits durch die Verhinderung der ZAB 500 Flüchtlinge weniger aufnimmt als durch die Quote
5 vorgesehen und andererseits auch die Seenotflüchtlinge auf die Quote angerechnet werden, entlarven sich
6 Lewes Aussagen als populistischer Schwachsinn. Es liegt an uns Münsteraner Jusos gemeinsam mit der
7 Initiative weiter darauf zu pochen Geflüchtete aus Seenotrettungsmissionen aufzunehmen und ein Signal
8 nach Berlin, aber auch ein Signal an die erstarkende Rechte in Münster zu senden: Wir waren, wir sind und
9 wir bleiben eine weltoffene Stadt, die sich weiterhin für humanitäre Zwecke einsetzt!

10 **IV. „Mit Fahnen und Gesang/ Für unser Vaterland“**

11 In sozialen Medien fällt zuletzt immer häufiger auf, dass im Zuge dieser Diskussion auch die rechte Szene
12 immer weiter erstarkt. Der Schein, dass auch das letzte Fitzel Menschlichkeit verloren geht, trägt nicht. Die
13 Debatte ist so weit nach rechts gerückt, dass wir ernsthaft darüber diskutieren, ob man Menschenleben
14 retten soll oder nicht. Die Nationalist*innen fordern mittlerweile, dass wir die Menschen sterben lassen,
15 um ein Exempel zu statuieren. Diese Diskussion ist eine die wir nicht eingehen dürfen. Wir müssen klar
16 stellen, dass wir niemals darüber diskutieren werden, ob wir Menschen bestimmter Herkunftsländer
17 sterben lassen. Kein Mensch ist illegal und kein Mensch ist weniger wert.

18 Darüber hinaus sollten wir an uns selber den Anspruch stellen, uns auch weiterhin auf jeglichen Demos,
19 Spendenaktionen, sozialen Medien und sonstigem solidarisch zu den privaten Seenotretter*innen zu
20 stellen, die in den vergangenen Jahren so vielen Menschen das Leben gerettet haben.

21 Es ist eigentlich kaum zu glauben, dass wir wirklich einen Diskussion darüber führen müssen, ob es sich bei
22 der Rettung hilfloser Menschen aus einer lebensgefährlichen Situation wirklich um eine Straftat handelt.
23 Wie es scheint, ist der moralische Kompass der europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren gehörig
24 durcheinander geraten, wenn nicht sogar ganz verschwunden: Zu keiner Zeit war klarer zu erkennen, dass
25 die so oft gepredigte Solidargemeinschaft für viele Politiker*innen wohl spätestens an der Grenze der
26 europäischen Union endet. Unsere Aufgabe als sozialistische Jugendbewegung ist es, dem immer weiter
27 fortschreitenden Nationalismus, Rassismus und Faschismus auch auf europäischer Ebene zu bekämpfen.

28 Wir können und dürfen nicht zulassen, dass das Retten von Menschenleben weiterhin kriminalisiert und als
29 „Gutmenschentum“ stigmatisiert wird. Ansonsten werden wir den Kampf um unser Europa unweigerlich
30 verlieren. Wir fordern deswegen:

- 31 - **Die Entkriminalisierung privater Rettungsorganisationen**
- 32 - **Eine gesamteuropäische Antwort auf das Sterben im Mittelmeer**
- 33 - **Adäquate Entwicklungszusammenarbeit**

- 1 - **Die Aufnahme von Seenotflüchtlingen in Münster**
- 2 - **Eine humanistische Neuausrichtung in der Diskussion um Seenotrettung**
- 3 - **Die Schaffung sicherer und legaler Fluchtmöglichkeiten**

A6 “Kranplätze müssen verdichtet sein - Für einen richtigen sozialen Wohnbau in NRW”

1 Allgemein zur jetzigen Lage in NRW

2 Als größtes Flächenland steht NRW vor der schwierigen Aufgabe, sowohl Großstädte als auch ländlicheren
3 Raum wohnungspolitisch bedienen zu müssen. Es kann deshalb nicht nur die eine Lösung in der
4 Wohnungspolitik geben, die alle Probleme über unser gesamtes Bundesland verteilt in den Griff bekommt.
5 Zu unterschiedlich sind die Problemfelder, denen wir gegenüberstehen. Während in einigen Städten im
6 Ruhrgebiet viel Leerstand und relativ günstige Mietpreise zu beobachten sind, leiden insbesondere
7 Studierendenstädte (inklusive deren Speckgürtel) unter massivem Wohnungsmangel und steigenden
8 Preisen.

9 Grundsätzlich kennt die Entwicklung der Mietpreise, egal ob in der Stadt oder auf dem Land nur eine
10 Richtung: Nach oben. Einige sind der Meinung, dies sei nicht flächendeckend ein Problem, denn immerhin
11 liege die durchschnittliche Mietpreisentwicklung noch unterhalb der Inflationsrate. Die Inflationsrate ist für
12 Mieter*innen jedoch nicht das entscheidende Kriterium. Für sie zählt nur die Summe, von der sie die
13 Mieten bezahlen müssen, sprich das verfügbare Einkommen. Dieses Verhältnis, vom verfügbaren
14 Einkommen zu den Mietausgaben, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv zu Ungunsten von
15 Mieter*innen verändert. Viele Menschen geben also anteilmäßig immer mehr ihres Einkommens für Miete
16 aus und haben dementsprechend immer weniger für Kleidung, Essen oder sonstigen Konsum.
17 Durchschnittlich geben Menschen in Deutschland etwa 35% für ihre Wohnung aus. Besonders hoch ist der
18 Anteil für Wohnungsausgaben in Städten mit vielen Niedrigverdienenden. Aber auch in
19 Studierendenstädten wie Münster oder Aachen ist dieser Wert besonders hoch. In Köln geben Menschen
20 im Schnitt etwa 43% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aus.

21 Es scheint nicht verwunderlich, dass dieser Trend die soziale Spaltung in der Gesellschaft noch verstärkt.
22 Die Schere in der Einkommens- und Vermögensverteilung geht schon immer weiter auseinander. Diese
23 Spaltung wird schließlich noch dadurch verstärkt, dass die unteren Einkommensklassen anteilig immer
24 mehr ihres schon niedrigen Einkommens für ihre Miete aufbringen müssen. Das birgt eine Menge sozialen
25 Sprengstoff, weswegen wir der Meinung sind, dass sich in der Wohnungspolitik eine Menge ändern muss.

26 Die Politik hat diese Notwendigkeit bisher nicht in ausreichendem Maße erkannt. In NRW hat sich der
27 preisgebundene Mietwohnungsbestand in zwanzig Jahren von 1997 bis 2016 nahezu halbiert. Stattdessen
28 werden Wohnungen immer mehr als Finanzinvestitionen gesehen. Während früher
29 Wohnungsunternehmen Banken benötigt haben, um ihre Projekte zu finanzieren, benötigen heute
30 Finanzinvestor*innen den Wohnungsmarkt für ertragreiche Anlagemöglichkeiten.

31 Das Problem der Privatisierungen von Wohnungsbaugesellschaften – Was machen wir nun?

1 Im Zuge der neoliberalen Politik der "geistig-moralischen Wende" der Regierungen Kohl in den 80ern und
2 90er Jahren der Republik unter der der Überschrift „Der Staat im Ausverkauf“ entschlossen sich viele
3 Kommunen ihre kommunalen Betriebe privatisieren. Viele städtische Wohnungsbaugesellschaften,
4 Energieversorgungsunternehmen, Abfallwirtschaftsbetriebe und der ÖPNV waren von solchen
5 Privatisierungen betroffen. Auch im gleichen ideologischen Zuge beschloss die Schwarz-Gelbe
6 Landesregierung unter Rüttgers im Jahr 2006 die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen kurz
7 LEG unter Protest der SPD und DGB zu privatisieren. Die LEG war im Juni 2008 an den Immobilienfonds der
8 amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs, Whitehall Real Estate Funds, verkauft worden. Der
9 Gesamtpreis für die LEG mit ihren 93 000 Wohnungen lag bei 787,1 Millionen Euro. Seit 2011 ist die
10 LEG ein börsennotiertes Unternehmen und agiert dementsprechend als gewinnorientiertes Unternehmen.
11 Die Mieter und Beschäftigten der LEG sollten laut Landesregierung mit einer Sozialcharta mindestens zehn
12 Jahre lang vor Kündigungen und unverhältnismäßigen Mietpreiserhöhungen geschützt werden. Diese
13 Sozialcharta läuft im August 2018 aus und die Zukunft für der 300.000 Mieter*innen und 1000 Beschäftigte
14 ist ungewiss. Begründet wurden diese Privatisierungen durch die Annahme, dass privatisierte
15 Dienstleistungen grundsätzlich besser, billiger und bürger*innennäher mache. Ein riesiger Irrglaube, wenn
16 man sich drei große Problemfelder anschaut.

17 Erstens schafft es der jetzige private „Wohnungsmarkt“ in keinster Weise die Bedürfnisse der Menschen zu
18 befriedigen. Viele Menschen leiden am angespannten Wohnungsmarkt in großen Teilen Nordrhein-
19 Westfalens, die in diesem Zuge von Verdrängungsprozessen außerhalb einiger Städte vertrieben werden
20 und zu einem Ungleichgewicht innerhalb einiger Viertel führen. Hier liegt ein systematisches
21 Marktversagen vor, da hier oft keine staatlichen Steuerinstrumente mehr vorliegen, um die Lage zu
22 verbessern.

23 Zweitens habe sich die Lage der Mieter*innen bei Privatisierungen deutlich verschlechtert. Im Fall der
24 Privatisierung der LEG hat sich die Lage der Mieter*innen deutlich verschlechtert. Seit dem Verkauf der LEG
25 häuften sich die Beschwerden bei Mieter*vereinigungen. Mieter*innen müssen nach der Privatisierung nun
26 mehr Miete zahlen, Sanierungen und Instandhaltungen wurden zurückgefahren. Die LEG kommt hier leider
27 nur auf rund 8,59 € pro Quadratmeter. Ein sehr niedriger Wert im Branchenvergleich, wo
28 Wohnungsgenossenschaften nicht selten mehr als das Doppelte für Sanierungen ausgeben. Das führt
29 mancherorts zu sichtbaren Mängeln in den Wohnungen und an den Gebäuden. Im frei finanzierten Bestand
30 erhöhte die LEG die Mieten 2017 überdurchschnittlich um 4,1 %. Weiterhin wurden frühere
31 Mieter*innenbüros durch fernliegende Hotlines ersetzt, wodurch die Bindung zu den Mieter*innen schlicht
32 fehlt. Eine Aufnahme des Problems der 130.000 Wohnungen ist zwar möglich, aber viele
33 Handlungsmöglichkeiten bleiben den Call-Center Mitarbeiter*innen nicht übrig. Dadurch bleiben auch
34 dringende Anliegen der Mieter*innen auf der Strecke liegen. Am Ende stehe allein die Rendite für den

1 neuen Besitzer*innen im Vordergrund und nicht das Gemeinwohl. Die CDU/FDP-Landesregierung hat ihre
2 sozialen Versprechungen und ihre Begründungen und „Vorteile“ für einer Privatisierung gegenüber den
3 Mietern nicht eingehalten.

4 Drittens sieht die Zukunft für die zirka 1000 Beschäftigten ungewiss aus, da die nun auslaufende Sozialcharta
5 für viele offene Fragezeichen übrig bleiben, denn betriebsbedingte Kündigungen sind bei den
6 Sparmaßnahmen der letzten Jahre nicht ausgeschlossen.

7 An sich ist das Beispiel der LEG ein Paradebeispiel für viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die im Zuge
8 der Privatisierungswelle durch kurzsichtiges sanieren eigener Haushalte sich beschnitten haben, als
9 eigenständiger Akteur auf dem Wohnungsmarkt zu agieren. Sie müssen nun oft zuschauen, wie
10 Mieter*innen ausgebeutet werden, ganze Straßenzüge verkommen und der Wohnungsmarkt dafür sorgt,
11 dass Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen aus ihren Vierteln verdrängt werden und sich das
12 soziale Gleichgewicht in einigen Vierteln und Stadtteilen nachhaltig zum Schlechteren entwickelt.

13 In diesem Zuge fordern wir auf Kommunal- und Landesbene folgende Maßnahmen:

- 14 (1) Stopp des Verkaufs von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und insbesondere das Verbot im
15 Falle einer ausschließlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahme
- 16 (2) Die Ausreichende finanzielle Ausstattung von bestehenden Wohnungsbaugesellschaften, um als
17 wahrnehmbarer Player agieren zu können
- 18 (3) Die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit und Stopp des Profits
- 19 (4) Die Verstaatlichung/Wiederaufkauf der LEG auf Landesebene bei gleichzeitiger Neugründung einer
20 eigenen landesweiten Wohnungsbaugesellschaft, um hier den Neubau von Wohnungen
21 vorantreiben zu können.
- 22 (5) Die Verstaatlichung/Wiederaufkauf von Wohnungsbaugesellschaften auf kommunaler Ebene
- 23 (6) Verzicht von Mietpreiserhöhungen für Mieter*innen bei Wiederaufkauf von
24 Wohnungsbaugesellschaften seitens des Landes oder der Kommune
- 25 (7) Verzicht von Kündigungen von Mitarbeiter*innen bei Wiederaufkauf von
26 Wohnungsbaugesellschaften seitens des Landes oder der Kommune

27 **Öffentlich geförderten Wohnbau und Quartiermanagement - für eine inklusive Stadt**

28 In NRW geht der Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum momentan jedes Jahr um 10.000
29 Wohneinheiten zurück. Seit der Jahrtausendwende sank die Zahl der geförderten Wohnungen um fast 50%,

1 von damals ca. 900.000 Wohneinheiten sind heute noch 470.000 vorhanden. Der Grund dafür ist schnell
2 erklärt: Nach 20-25 Jahren fällt der öffentlich geförderte Wohnraum aus der Preisbindung und der Neubau
3 dieser Wohnungen wurde bisher vernachlässigt. Wohnbauunternehmen und Investor*Innen können sich
4 im Übrigen auch vorzeitig aus der Bindung rauskaufen. Für Nordrhein-Westfalen ist diese Entwicklung fatal,
5 da die Mieten in den Ballungsräumen steigen laut dem ehemaligen Bauminister Michael Groschek rund die
6 Hälfte aller Einwohner*Innen in NRW ein Anrecht auf öffentlich geförderten Wohnraum hätten.

7 Fällt öffentlich geförderter Wohnraum aus der Preisbindung, steigen die Mietpreise zur Renditesteigerung
8 der Wohnbauunternehmen rasch an und eine Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen findet
9 statt. Auch mit Hilfe sogenannter Luxussanierungen schaffen es diese Unternehmen, „unrentables Klientel“
10 aus ihren Wohnungen zu Verdrängen und zur Freude ihrer Aktionär*innen für einkommensstärkere
11 Mieter*innen verfügbar zu machen. Daran ändert auch die momentane Mietpreisbremse nichts.

12 Der Bund wird in den nächsten Jahren mehr Geld für bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen und
13 auch die Landesregierung hat sich bereits auf die Fahnen geschrieben, für mehr öffentlich geförderten
14 Wohnraum zu sorgen. Es ist jedoch fraglich, ob die Maßnahmen zu wirklichen Verbesserungen führen, oder
15 nur der jetzige Status Quo zementiert wird. Wenn sich an der bisherigen Förderpraxis nichts ändert und
16 Wohnungen nach verhältnismäßig kurzen Zeiträumen aus der Preisbindung fallen, wird sich an der
17 Kernproblematik nichts ändern: Statt öffentlich gefördertem Wohnraum für Bedürftige handelt es sich nur
18 um Wohnbauförderung mit sozialer Zwischennutzung.

19 Weiterhin findet im Regelfall soziale Durchmischung in den Städten nicht statt. Stadtteile und vor Allem
20 Quartiere sind in vielen Fällen nur von einem sozialen Milieu bewohnt. Auch finden vermehrt
21 Abschottungstendenzen von Besserverdienenden zu Geringverdienenden statt, gerade in Form
22 sogenannter „gated communities“ äußert sich dies am drastischsten.

23 Um die Wohnbauentwicklung wirklich sozial zu gestalten, sehen wir daher folgende Maßnahmen für
24 zwingend erforderlich an:

25 (1) Die von der öffentlichen Hand ausgegebenen Mittel für den öffentlich geförderten Wohnraum
26 sollen nicht länger an privatwirtschaftliche Unternehmen gehen, sondern fast ausschließlich dazu
27 genutzt werden, wieder einen kommunalen Wohnungsbestand mit einer dauerhaften Preisbindung
28 aufzubauen. Dabei orientieren wir uns besonders gerne am „roten“ Wien. 32% aller Wohnungen
29 sind dort nämlich noch in kommunaler Hand, 26% immerhin im Besitz gemeinnütziger
30 Wohnbauunternehmen.

31 (2) Die Preisbindung für privatwirtschaftliche Unternehmen muss auf mindestens 50 Jahre hochgesetzt
32 werden.

- 1 (3) Zum Ziele der sozialen Durchmischung muss auf jeder städtischen Fläche mit Hilfe einer flexiblen
2 Quote öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen werden. Die Höhe der Quote richtet sich nach
3 den gängigen Sozialindikatoren und dem bereits vorhandenen geförderten Wohnraum in einem
4 Areal. Dies soll im Endeffekt für mehr bezahlbaren Wohnraum in den „besseren“ Gegend einer
5 Stadt sorgen. Sozialer Segregation kann damit zumindest etwas entgegengewirkt werden.
- 6 (4) Förderung von Wohnbaugenoss*innenschaften, auch im Sinne von Quartiersgenoss*innenschaften,
7 und der Wohnungsgemeinützigkeit.
- 8 (5) Die Mietpreisbremse muss stärker angezogen werden!
- 9 (6) Mit verstärktem Zugriff auf das Instrument der Milieuschutzsatzungen muss Verdrängungen von
10 Mieter*Innen entgegengewirkt werden. Mit Hilfe von Zweckentfremdungssatzungen muss dafür
11 gesorgt werden, dass bei der jetzigen angespannten Wohnraumlage Wohnraum auch Wohnraum
12 bleibt.
- 13 (7) Bei der Schaffung von Wohnraum müssen auch die besonderen Bedürfnisse etwa von
14 Auszubildenden, Student*innen, Senior*innen, Familien und Menschen mit Beeinträchtigungen
15 hinreichend berücksichtigt werden. Auch unkonventionelle Wohnkonzepte wie etwa
16 Mehrgenerationenhäuser sollen zum Zwecke der Förderung der Durchmischung explizit gefördert
17 werden.
- 18 (8) Leerstehende Wohnungen sind beliebte Spekulationsobjekte. Dem muss mit entschiedeneren
19 Sanktionen Einhalt geboten werden. Leerstand darf sich nicht mehr lohnen!
- 20 (9) Weiterentwicklung des Städtebauförderungsprogramms “Soziale Stadt” Ermöglichung von
21 punktuellerer Förderungen einzelner Quartiere in Stadtteilen, die normalerweise nicht die
22 Förderkriterien des Programms erfüllen. Damit muss insbesondere das Quartiersmanagement
23 gestärkt werden. Auf Basis des aktuellsten Forschungsstands in der sozialen Arbeit und der
24 Soziologie wird somit eine tragfähige soziale Infrastruktur gefördert.

25 **Fazit**

26 Der Weg zu einem Nordrhein-Westfalen in dem es nicht mehr der Geldbeutel entscheidet, über den
27 Wohnort oder Viertel entscheidet, ist ein sehr Langer. Nichtsdestotrotz müssen Lösungen her, die
28 einerseits kommunal und landesweit umgesetzt werden müssten. Dazu benötigt es eine Menge Geld und
29 einen großen Mut vieler einzelnen kommunalen und landesweiten Mandatsträger*innen diese
30 Generationenaufgabe zu bewältigen und genauso wie die Genoss*innen in Wien sich sozialpolitisch zu
31 verewigen. Denn die Soziale Frage und insbesondere die Frage um sozialen Wohnraum in einer sozialen
32 Stadt lässt sich nicht dem freien Markt beantworten, sondern durch klare und strikte Maßnahmen seitens
33 des Staates.

A7 Plastikkonsum überdenken und ändern

1 Was ist eigentlich Plastik? Plastik ist ein Sammelbegriff für Werkstoffe bestehend aus polymeren
2 Makromolekülen. Das Hauptprodukt bei der Plastikherstellung, nämlich das Erdöl ist höchst problematisch
3 und giftig für Mensch und Umwelt, sowohl beim Abbau, bei der Verwertung als auch bei der Entsorgung.
4 Immer wieder kommt es zu Ölundfällen, bei denen tausende Tonnen Erdöl in die Umwelt freigesetzt werden
5 – wie beispielsweise 2010, als bei der Bohrinself *Deepwater Horizon* über 600.000 Tonnen Rohöl in den Golf
6 von Mexiko gelangten und den Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen zerstörten.

7 Warum ist Plastik nun schädlich, oder was spricht generell gegen Plastik? Plastik kommt als Stoff an sich so
8 nicht in der Natur vor. Bei seinen Produktionsvorgängen gelangen giftige Gase in die Umwelt, die
9 Ähnlichkeiten mit menschlichen Hormonen (Östrogenen) haben. Auch ist das Erdöl, welches für die
10 Produktion von Plastik benötigt wird, endlich und seine Förderung umweltschädlich. Zwar gehen die
11 Prognosen, wann und wie das Erdöl ausgehen wird, sehr stark auseinander, jedoch wird die Ressource
12 Erdöl trotzdem irgendwann aufgebraucht sein.

13 Plastik zerstört den Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten und dies nicht nur wegen seiner giftigen
14 Inhaltsstoffe. Es ist ein Magnet für Schadstoffe. Betrachtet man die Konzentration von Schadstoffen in
15 Mikroplastik ist diese meist 100-mal höher, als an Partikeln, die kein Mikroplastik sind. Allgemein bekannt
16 ist, dass jährlich acht Millionen Tonnen Plastik in die Ozeane geraten. Das größte Problem hierbei sind nicht
17 die gut sichtbaren großen Plastikteile, die man aufwändig aus den Ozeanen entfernen könnte, wobei sich
18 hier die Frage stellt, was man dann mit dem gefischten Plastik anstellt, nein. Ein riesiges Problem ist das
19 Mikroplastik. Es besitzt einen Durchmesser von unter 5mm. Gelangt es einmal in den Erdkreislauf ist es
20 unmöglich es wieder zu entfernen, es bleibt für immer in der Umwelt.

21 Mikroplastik wird von Tieren gefressen (Selbst Plankton, das Hauptnahrungsmittel vieler Meerestiere, frisst
22 Mikroplastik), lagert sich in Seen, Flüssen und im Boden ab. Auch im menschlichen Körper ist es zu finden.
23 Dorthin gelangt es über unsere Nahrung, aber auch durch Kosmetikprodukte, die Mikroplastik unter
24 anderem als Auffüllsubstanz verwenden.

25 Doch Plastik ist überall, eine Welt ohne Plastik ist heute kaum noch vorstellbar. Die Absurdität hierbei ist,
26 dass Plastik eine sehr lange Haltbarkeitszeit von 200 bis 500 Jahren hat, aber gar nicht produziert wird, um
27 lange zu halten – wir finden es häufig als Substanz für Verpackungen, Tüten oder in Kleidung, die schnell
28 wieder entsorgt werden.

29 Es gibt bereits alternative Verpackungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Folie, die aus Milchprotein besteht.
30 Sie ermöglicht es das Produkt länger haltbar zu machen, weil sie luftdurchlässiger und strapazierfähiger als

1 die momentan handelsüblichen Folien ist. Auch wurde ein Zellulose-Netz erfunden, dessen Garn aus
2 Buchenholz besteht und sehr gut kompostierbar ist. Eine weitere Alternative ist Graspapier. Es besteht aus
3 Gras und bei seiner Herstellung wird sehr viel weniger Wasser benötigt, als bei der momentanen
4 Papierherstellung. Des Weiteren wächst Gras fast überall und ist besser verarbeitbar als Holz, bei dem das
5 Lignin, ein natürliches Produkt vieler Pflanzen erst mit chemischen Substanzen entfernt werden muss. Bei
6 Gras ist dies nicht nötig.

7 Wir können nicht jeglichen Plastikkonsum von heute auf morgen verbieten, da es noch nicht ausreichend
8 alternative Möglichkeiten gibt, die Plastik überall in geeigneter Form und auch sozial verträglich ersetzen
9 können. Was wir aber tun können und müssen ist den Konsum von Plastik dort zu reduzieren, wo andere
10 Materialien ihren Zweck ebenso gut oder besser erfüllen. Dies braucht Kraft, Aufmerksamkeit und vor allem
11 politischen Durchsetzungswillen.

12 Es gibt bereits Länder, wie Ruanda und Kenia, die zum Beispiel ein Verbot von Plastiktüten durchgesetzt
13 haben. Dieses Verbot gibt es so in Deutschland noch nicht, jedoch verzichten hier einige Konzerne auf das
14 Benutzen von Plastiktüten und bieten alternative Tragetaschen an. Auch die EU will zum Beispiel
15 Plastikstrohalme verbieten. Dies sind keine langfristigen Lösungen und auch kein großer Schritt für die
16 Eindämmung von Plastik, jedoch ist es ein Anfang. Dieser Anfang schafft es die Menschen auf das
17 allgemeine Problem mit Plastik hinzuweisen und regt Menschen an sich mit alternativen und
18 umweltfreundlicheren Möglichkeiten auseinanderzusetzen. Wir als Jusos müssen es nun schaffen diesen
19 Bewusstseinswandel zu unterstützen und die Menschen aus ihren alten Gewohnheiten herauszuholen, um
20 Umweltverschmutzungen zu reduzieren und um unsere Politik nicht nur an der heutigen Generation
21 auszurichten, sondern langfristig und nachhaltig zu gestalten

22 Wir fordern, dass:

- 23 1. mehr Alternativen zu Plastik gefunden und verwendet werden. Diese müssen
24 umweltfreundlicher als Plastik sein.
- 25 2. auf alle unnötigen Verpackungen, wie beispielsweise plastikverpackte Gurken, verzichtet wird,
26 um den generellen Plastikverbrauch zu reduzieren.
- 27 3. die Suche nach Plastikalternativen besonders finanziell gestärkt wird. Auch muss mehr Geld in
28 die Finanzierung der Forschung, wie Plastik in die Umwelt gelangt, und der Auswirkungen von
29 Plastik auf den Menschen bereitgestellt werden.
- 30 4. es eine Transparenz und eine Kennzeichnung geben muss, welche Produkte Mikroplastik
31 enthalten. Kaum jemand kennt die genaue Bedeutung aller Buchstaben, die auf der Rückseite
32 von Verpackungen abgedruckt sind. Letztendlich muss es ein Verbot geben, Mikroplastik in
33 seinen Produkten zu verwenden, außer Mikroplastik erfüllt einen für das Produkt relevanten,
34 wissenschaftlich nachweisbaren Zweck.

- 1 5. Prozesse, wie zum Beispiel die Laserbeschriftung von Produkten, bei der Produkte anstatt mit
2 einem Plastiksticker mit einem Laser beschriftet werden, unterstützt werden.
- 3 6. Für gleiche Produkte ein einheitliches Plastik verwendet wird, um es besser recyceln zu können.

- 4 Es ist an uns den Wandel mitzugestalten, dass es sich nicht nur die reiche Bevölkerung leisten kann
5 unverpackt und plastikfrei zu leben, sondern, dass plastikfrei, was meist auch verpackungsfrei bedeutet, für
6 jede*n zugänglich ist. Deutschland ist das Land mit dem meisten Verpackungsmüll in Europa. Pro Person
7 werden über 150 kg Verpackungen pro Jahr verbraucht. Es ist an uns diesem „Trend“ entgegenzuwirken.

A9 Für gute Arbeit und gute Pflege!

1 Das Thema Pflege und der sogenannte Pflegenotstand sind in den letzten Monaten regelmäßiger
2 Bestandteil der medialen Berichterstattung und der politischen Diskussion. Dabei wird vor allem auf die
3 vielen unbesetzten Stellen in der Pflege und die oftmals schlechten Arbeitsbedingungen der Pfleger*innen
4 hingewiesen. Abgesehen von der schon aktuell dramatischen Situation muss dabei auch beachtet werden,
5 dass mit dem demographischen Wandel und angesichts der Tatsache, dass Menschen in unserer
6 Gesellschaft statistisch immer älter werden, der Anteil der pflegebedürftigen Menschen und die
7 Lebensphase, in der Menschen tendenziell pflegebedürftig sind, größer werden. Gerade auch mit Blick auf
8 die Zukunft droht sich also die momentane Situation nicht zu entschärfen, sondern im Gegenteil noch zu
9 verschärfen. Überlastung und prekäre Bedingungen in der Pflege sind dabei keinesfalls erst gestern
10 aufgetaucht, die aktuellen Entwicklungen sind insbesondere auch das Ergebnis von Fehlentwicklungen und
11 Versäumnissen von politischer Seite in der Vergangenheit. Die grundlegend neue Gestaltung der Pflege ist
12 dringend notwendig. Dabei ist es gerade Aufgabe der SPD als Teil der Bundesregierung, die politischen
13 Antworten aktiv mitzugestalten und ein Bild davon zu zeichnen, wie Pflege in Zukunft aussehen soll. Klar ist
14 dabei, dass sich gute Pflege und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege gegenseitig bedingen.

15 Die aktuelle Situation in der Pflege

16 Der Mangel an Pflegekräften

17 Das zentrale Problem im Bereich der Pflege ist der zahlenmäßige Mangel an Pflegekräften. 35 000 Stellen in
18 der Pflege sind derzeit nach Angaben der Bundesregierung unbesetzt. Das zeigt sich zum Beispiel darin,
19 dass Krankenhäuser gezwungen sind, einige Betten, ganze Stationen oder sogar ganze Operationssäle zu
20 schließen. Zum anderen wirkt sich diese Situation natürlich auf den Alltag in der Pflege und dabei
21 insbesondere auch auf den Berufsalltag der Pfleger*innen aus. Dass es weniger Pfleger*innen gibt, als
22 gebraucht werden, hat vielschichtige Gründe. Insgesamt sind nur wenige Menschen nach einer
23 Berufsausbildung auch langfristig in der Pflege tätig. Verantwortlich dafür sind vor allem die vielfach
24 schlechten Arbeitsbedingungen. Schon grundsätzlich stellt die Pflege durch ihren Charakter als
25 Schichtdienst eine enorme Belastung für die Beschäftigten dar und kann Grund für eine schlechte
26 Vereinbarkeit zum Beispiel von Familie und Beruf sein. Eine zusätzliche Steigerung der Belastung liegt vor
27 allem an dem aktuellen Mangel an Pflegekräften und der Tatsache, dass oft zu wenige Pflegekräfte für die
28 Pflege von vielen Menschen verantwortlich sind. Das Ausbleiben von Pausen, Überstunden und das
29 kurzfristige Einspringen etwa aufgrund von Ausfällen gehören zum Alltag. Es fallen außerdem viele
30 Tätigkeiten an, die nicht zum Kernbereich der Pflege gehören und Zeit für die eigentlich erforderliche Pflege
31 rauben.

1 Besonders frustrierend und belastend ist für viele Pfleger*innen dabei, dass sie aufgrund der Überarbeitung
2 und der Unterbesetzung zu wenig Zeit für die Pflege der einzelnen Patient*innen haben. Dadurch können
3 sie ihrem eigenen Anspruch, sich um andere Menschen zu kümmern und diese zu pflegen, damit es ihnen
4 besser geht, nicht gerecht werden. Die Motivation und die Freude an der eigenen Arbeit, sowie die
5 Gewissheit gute Arbeit geleistet zu haben gehen so oft vollständig verloren. Gute Arbeitsbedingungen in
6 der Pflege bedeuten vor allem auch die Zeit und die Ressourcen für gute Pflege. Das nicht genügend
7 Ressourcen für gute Pflege zur Verfügung stehen, stellt für viele Pfleger*innen eine psychische Belastung
8 dar und verhindert einen motivierenden Arbeitsalltag.

9 Dem enormen Arbeitspensum und Stress wird im Gegenzug häufig nicht mal eine angemessene
10 Wertschätzung entgegengebracht. Mangelnde Anerkennung findet zum Beispiel im Krankenhausalltag
11 statt, der sehr hierarchisch organisiert ist und wo nur äußerst selten eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe
12 zwischen Pfleger*innen und Ärzt*innen möglich ist. Auch außerhalb der Klinik unter anderem von Seiten
13 der Politik, aus dem sozialen Umfeld und von Angehörigen der Pflegebedürftigen wird Pfleger*innen
14 oftmals nicht ausreichend Wertschätzung und Anerkennung entgegengebracht. Die schlechten
15 Bedingungen der Pflegeberufe hören jedoch nicht mit dem Arbeitsalltag auf. Die Entlohnung für
16 Pfleger*innen ist gerade auch verglichen mit anderen Berufsgruppen zu gering. Dies betrifft vor allem
17 Pfleger*innen ohne Weiterbildung und diejenigen auf peripheren Stationen. Längst nicht alle Pflegekräfte
18 werden nach einem Tarifvertrag bezahlt. In der Altenpflege etwa sind 80 Prozent der Beschäftigten nicht
19 tarifgebunden.

20 Die mangelnde, auch finanzielle Wertschätzung der Pflegeberufe wird auch dann deutlich, wenn man die
21 Bedingungen im internationalen Vergleich betrachtet. Angesichts dessen verwundert es auch nicht, dass
22 laut EU-Mobilitätsstatistik mehr Menschen ihren Berufsabschluss als examinierte Pflegekraft im
23 europäischen Ausland anerkennen lassen als umgekehrt. Viele Pflegekräfte, die aus dem Ausland nach
24 Deutschland gekommen sind, kehren zudem nach einiger Zeit wieder zurück.

25 Abseits der oftmals schlechten Arbeitsbedingungen sind es häufig auch mangelnde Aufstiegs- und
26 Weiterbildungsmöglichkeiten, weswegen Pfleger*innen ihrem Beruf den Rücken kehren. Zum Beispiel die
27 Weiterbildung im Bereich der Intensivpflege wird vielfach aus Kostengründen verhindert, Hoffnungen
28 werden gemacht und schließlich enttäuscht. Es fehlt somit an einer Perspektive, im Laufe des Berufslebens
29 auch neue Wege in der Pflege zu gehen, die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse zu erweitern oder höhere
30 Qualifikationen zu erreichen.

31 Nicht zuletzt hat einen maßgeblichen Effekt darauf, dass nicht alle, die eine Ausbildung in der Pflege
32 machen, auch langfristig dort arbeiten, auch die Tatsache, dass viele junge Menschen die Berufsausbildung
33 lediglich als Überbrückung nutzen, häufig um danach noch ein Medizinstudium aufzunehmen. Auf der

1 anderen Seite gibt es viele Menschen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten oder den festgelegten
2 Anforderungen nicht entsprechen.

3 Die unterschiedlichen Gründe für fehlendes Personal bedingen und verstärken sich zum Teil gegenseitig. So
4 führt der Mangel an Pflegekräften zu einer Verschlechterung der Bedingungen, diese gesteigerte Belastung
5 sorgt im Anschluss wieder dafür, dass Pfleger*innen aufhören, in ihrem Beruf zu arbeiten. Nicht zuletzt
6 dieser Teufelskreis macht deutlich, wie wichtig umfangreiche Reformen und ein Umdenken von Seiten der
7 Beteiligten und der Politik ist, um die Weichen für gute Arbeit in der Pflege und damit auch zukunftsfähige
8 und gute Pflege zu verwirklichen.

9 **Aktuelle politische Entwicklungen im Pflegebereich**

10 Nicht zuletzt im letzten Jahr haben die Aktualität und Brisanz des Themenkomplexes Pflege dazu geführt,
11 dass Reformen angestoßen wurden oder in der nächsten Zeit auf den Weg gebracht werden sollen.

12 In vielen Ländern wird bereits seit vielen Jahren eine Trennung in Behandlungspflege und Betreuungspflege
13 praktiziert. Auch in Deutschland ist der Trend hin zu einer Aufteilung der Aufgaben der Pflegenden in einen
14 schlechter bezahlten Betreuungspflegeanteil und einen besser bezahlten Behandlungspflegeanteil in
15 einigen Einrichtungen je nach Träger*in in vollem Gange. Die Betreuungspflege wird dabei von Menschen,
16 die einen Bundesfreiwilligendienst oder ein FSJ absolvieren oder von Pflegehilfskräften nach wenigen
17 Monaten Ausbildung durchgeführt. Sie umfasst dabei Unterstützung, Hilfe oder Übernahme bei den
18 Verrichtungen des täglichen Lebens. Wohingegen die Behandlungspflege die Durchführung (insbesondere
19 ärztlich angeordneter) diagnostischer oder therapeutischer Maßnahmen umfasst, wie zum Beispiel
20 Wundversorgung, Blutzuckerkontrollen oder Medikamentengaben. Die Behandlungspflege wird im Idealfall
21 von examinierten, das heißt fertig ausgebildeten Pflegekräften durchgeführt.

22 Dieser Trend wirft viele Fragen auf: Kann eine Aufteilung der Tätigkeiten für die Pflegenden eine Entlastung
23 und mehr Zeit für andere Tätigkeiten bedeuten? Oder dient sie vordringlich der Entlastung der
24 Krankenhauskassen? Nimmt sie den Pflegenden wohlmöglich sogar die Chance, die Pflegebedürftigen
25 ganzheitlich zu versorgen?

26 **Das neue Pflegeberufegesetz**

27 Eine große Reform wurde bereits im Jahr 2017 durch die letzte Regierungskoalition verabschiedet. Diese
28 betrifft die Ausbildungsstruktur in der Pflege. Bislang war die Pflege in Deutschland in die Bereiche
29 Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege und Kinderkrankenpflege gegliedert. Diese Struktur der
30 dementsprechend drei unterschiedlichen Berufsausbildungen wurde für die Zukunft jedoch grundlegend
31 durch das im Juli 2017 beschlossene und 2020 in Kraft tretende neue Pflegeberufegesetz geändert.

1 Durch dieses werden die drei genannten Berufsausbildungen zusammengelegt. Auszubildende haben nach
2 dem zweiten Ausbildungsjahr die Möglichkeit der Spezialisierung entweder zur*zum Altenpfleger*in oder
3 zur*zum Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*in. Alternativ kann auch ein generalisierter Abschluss mit
4 dem Titel Pflegefachfrau bzw. Pflegefachmann erreicht werden. Zudem sollen durch das neue Gesetz mehr
5 und bessere Umschulungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Reform enthält auch Festlegungen für die
6 Anerkennung internationaler Berufsabschlüsse und zu einem berufsqualifizierenden Studiengang für die
7 Pflege. Zur Umsetzung der grundlegenden Umstrukturierung wurde eine Fachkommission eingesetzt, die
8 die Rahmenlehrpläne und Rahmenausbildungspläne entwickelt.

9 Ziel dieser umfangreichen Reform ist insgesamt eine Aufwertung des Berufsabschlusses vor allem auch in
10 Bezug auf die Altenpflege. Diese Aufwertung soll auch dadurch stattfinden, dass diejenigen Aufgaben, die
11 nur durch examinierte Pflegekräfte ausgeführt werden dürfen, sogenannte Vorbehaltsaufgaben, definiert
12 werden. Außerdem soll mit der Zusammenlegung der unterschiedlichen Berufsausbildungen der Tatsache
13 Rechnung getragen werden, dass es in der Praxis ohnehin oftmals zu Überschneidungen zwischen den
14 unterschiedlichen Pflegeberufen kommt.

15 Neben den strukturellen Änderungen der Berufsausbildung wird durch das neue Pflegeberufegesetz auch
16 festgelegt, dass es in Zukunft kein Schulgeld mehr geben darf und dass die Auszubildenden einen Anspruch
17 auf eine angemessene Ausbildungsvergütung haben. Es soll in die Pflegeschulen investiert werden und
18 auch mehr Praxisanleitung im Betrieb umgesetzt werden. Insgesamt soll das neue Gesetz also eine bessere
19 Anpassung an die Realität in den Pflegeberufen bewirken und zudem die Ausbildung und die Pflegeberufe
20 aufwerten und attraktiver gestalten.

21 **Neue Personaluntergrenzen**

22 Eine Stellschraube, an der bereits in der Vergangenheit gedreht werden sollte, sind Personaluntergrenzen
23 für die Pflege in Krankenhäusern. Der Bundestag hatte den Verbänden Deutsche Krankenhausgesellschaft
24 (DKG) und der Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen (GKV) aufgetragen, bis Juni
25 2018 Personaluntergrenzen für sogenannte und nicht näher definierte pflegeintensive Bereiche
26 festzulegen. Diese sollten im Januar 2019 dann in Kraft treten. Die Erarbeitung der Untergrenzen durch die
27 genannten Verbände ist gescheitert. Auch wenn wir die Aushandlung und Umsetzung von
28 Personaluntergrenzen für dringend notwendig halten, ist das Scheitern der Verhandlungen zu begrüßen.
29 Bedenkt man, welche Akteur*innen in den Prozess eingebunden waren, durften keine substanzielle
30 Verbesserungen erwartet werden. Das Scheitern eröffnet den Weg für die im Koalitionsvertrag von SPD
31 und Union geplante Erhebung von Untergrenzen für alle bettenführenden Stationen, dabei muss die Seite
32 der Pflegekräfte, insbesondere durch Vertreter*innen aus Gewerkschaften, unbedingt eingebunden werden.

33 **Konzertierte Aktion Pflege**

1 Das aktuelle wohl größte politische Projekt ist die konzertierte Aktion Pflege. Die konzertierte Aktion Pflege
2 ist in Zusammenarbeit des Gesundheitsministeriums, Arbeitsministeriums und des Familienministeriums
3 entstanden und wurde Anfang Juli vorgestellt. Im Rahmen der Aktion soll innerhalb eines Jahres ein Plan
4 gegen den Pflegenotstand ausgearbeitet werden. Beteiligte der Initiative sind neben Bund und Ländern
5 Verbände, Kirchen, Pflege- und Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, die Bundesagentur für Arbeit und
6 weitere Sozialpartner*innen, die in fünf Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen entwickeln. Grundsätzliches
7 Ziel der Initiative ist es, mehr Menschen dazu zu bewegen, in der Pflege zu arbeiten. Dafür sollen der
8 Arbeitsalltag und die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften verbessert, die Pflegekräfte entlastet und die
9 Pflegeausbildung gestärkt werden. Unter anderem soll auf höhere Löhne, etwa durch mehr Tarifbindung,
10 und die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland gesetzt werden. Außerdem sollen Menschen
11 zurückgewonnen werden, die aus der Pflege ausgestiegen sind. Im Zuge der Maßnahmen soll mehr Geld in
12 die Pflege gesteckt werden.

13 **Was zu tun ist**

14 Auch wenn die Pläne der Bundesregierung zumindest den Eindruck erwecken, als wäre damit die
15 Notwendigkeit von sowohl kurzfristigen Maßnahmen wie auch von grundlegenden Änderungen endlich
16 erkannt worden, so müssen wir den angestoßenen Prozess doch kritisch begleiten.

17 Natürlich ist es sinnvoll, möglichst viele Akteur*innen an einen Tisch zu bekommen und ein gemeinsames
18 Konzept für die Bekämpfung des Pflegenotstandes zu entwickeln, wie es aktuell durch die konzertierte
19 Aktion Pflege geschieht. Insbesondere die Interessen der Pflegekräfte selbst, zum Beispiel vertreten durch
20 die Gewerkschaften, müssen in diesem Prozess jedoch besonders im Fokus stehen.

21 Vor allem die Personalbemessung stellt für uns eine Stellschraube dar, mittels derer eine Verbesserung der
22 Arbeitsbedingungen für die Pflegenden erreicht werden kann. Durch die Schaffung hoher
23 Personaluntergrenzen können Pfleger*innen unmittelbar entlastet werden. Die Argumente für eine
24 Steuerung durch die Personalbemessung gehen jedoch darüber hinaus. Personaluntergrenzen dienen nicht
25 nur der Sicherung von guten Arbeitsbedingungen. Sie können auch der Gefährdung von Pflegebedürftigen,
26 zum Beispiel durch zu langes Warten auf Unterstützung oder die Entstehung von Fehlern durch
27 Unterbesetzung, Übermüdung oder Eile vorbeugen. Auch eine gesundheitliche Gefährdung der
28 Pfleger*innen etwa in Form von dauerhafter Überlastung selbst kann so zum Teil verhindert werden. Wir
29 fordern eine bundeseinheitliche gesetzliche Festlegung von Personaluntergrenzen. Diese muss an den
30 Bedarf der Patient*innen angeknüpft werden. Denn nur wenn genug Zeit für eine bedarfsdeckende
31 Versorgung und Pflege der*des Einzelnen bleibt, besteht auch die Chance, dass der Pflegeberuf wieder
32 erfüllend für alle Arbeitnehmer*innen in diesem Bereich wird. Neben Zeit für die Pflege selbst, muss auch

1 ausreichend Zeit für die Ausbildung d.h. für die Praxisanleitung von neuen Pflegekräften sein, dies muss
2 unbedingt auch in der Bemessung von Personaluntergrenzen berücksichtigt werden. Wir fordern
3 außerdem, dass der Mehraufwand, der in besonderen Krisensituationen, wie bei der Sterbebegleitung oder
4 zum Beispiel bei Krisen, die durch psychische Erkrankungen entstehen können sowie in akuten
5 Notfallsituationen eine ausreichende Abdeckung des Pflegebedarfs gewährleistet wird. Es darf nicht länger
6 zum Standard gehören, dass in allen diesen, in der Pflege durchaus erwartbaren, Situationen Menschen
7 extrem kurzfristig einspringen müssen, um den normalen Ablauf sicherzustellen. Bei der Forderung nach
8 der Schaffung von Personaluntergrenzen ist klar, dass bei aktuell schon zahlreichen unbesetzten Stellen in
9 der Pflege in der Folge auch die Schließung von Betten oder Stationen möglich sind. Jedoch würde ein
10 einfaches „Weiter so“ die aktuelle Belastung der Pfleger*innen aufrechterhalten und damit auch weiterhin
11 dazu führen, dass Beschäftigte aus Pflegeberufen aussteigen. Außerdem sind Personaluntergrenzen ein
12 geeignetes Mittel, um Druck auf Einrichtungen auszuüben. Durch die Schließung von Stationen oder Betten
13 entstehen mitunter enorme Einnahmeausfälle, weswegen ein weiterer Anreiz entstehen kann, den Alltag in
14 der Pflege zu verbessern.

15 Wie beschrieben gibt es eine Entwicklung dahingehend, dass Betreuungs- und Behandlungspflege auf
16 unterschiedliche Menschen verteilt werden. Hier muss jedoch ganz deutlich gesagt werden, dass es keine
17 Lösung ist, dem Pflegenotstand durch die Schaffung gering qualifizierter Jobs zu begegnen. Die Schaffung
18 von prekärer Beschäftigung löst keine Probleme, im Gegenteil. Auch angesichts der aktuell neu
19 entflammten Diskussion um die Einführung einer Dienstpflicht scheint es notwendig zu betonen, dass der
20 Mangel an Pflegekräften nicht etwa durch Freiwilligendienstleistende beseitigt wird. Nicht nur wird
21 dadurch die Botschaft transportiert, auch ohne einschlägige Berufsausbildung könne man Pflegekräfte
22 ersetzen. Zum anderen gehen solche Forderungen an dem eigentlichen Ziel deutlich vorbei. Und dieses Ziel
23 ist es, im Pflegebereich umfänglich gute Arbeitsplätze zu schaffen, die auch qualitativ hochwertige Pflege
24 ermöglichen.

25 Die Wertschätzung und Anerkennung der Pflegeberufe wird keinesfalls nur, aber auch durch finanzielle
26 Aspekte beeinflusst. Zu begrüßen ist deshalb das Ziel, mehr Tarifbindung im Bereich der Pflege zu
27 erreichen. Es müssen endlich auch für diesen Bereich Flächentarifverträge ausgehandelt werden, die für
28 alle in der Pflege Beschäftigten gelten. Im Rahmen dieser Tarifverträge muss das von allen Seiten
29 verkündete Ziel, die Pflege aufzuwerten, auch finanziell deutlich werden. Dies darf allerdings nicht nur eine
30 Phrase bleiben. Hierfür gilt es sich vor allem mit den Gewerkschaften zu solidarisieren und an ihrer Seite zu
31 streiten. Insbesondere die Arbeitgeber*innen dürfen nicht negativ auf den Organisationsgrad der
32 Beschäftigten einwirken. Mehr und bessere Tarifverträge können dazu beitragen, dass die Pflegeberufe
33 attraktiver werden und sich mehr Menschen dafür entscheiden.

1 Wertschätzung wird jedoch nicht alleine durch finanzielle Aufwertung geleistet. Neben einer
2 Sensibilisierung für den Beitrag von Pflegekräften zur medizinischen Versorgung und den Arbeitsalltag in
3 der Pflege muss das Ziel auch sein, in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen die Zusammenarbeit und
4 das Klima zwischen den unterschiedlichen Beschäftigtengruppen zu verbessern. Hier soll ein
5 partnerschaftlicher Umgang gefördert werden, bei dem auch das Bewusstsein herrscht, dass zu einer
6 gelingenden und guten Versorgung von Patient*innen der Beitrag aller Beteiligten gleichermaßen von
7 Bedeutung ist.

8 Die Reform der Berufsausbildung mit dem Ziel, den Beruf aufzuwerten und festzulegen, für welche
9 Tätigkeiten eine solche Ausbildung Voraussetzung ist, macht ein grundsätzliches Umdenken deutlich.
10 Insbesondere die Forderung nach einer angemessenen Ausbildungsvergütung und die Abschaffung des
11 Schulgeldes begrüßen wir ausdrücklich. In der Umsetzung bleibt es aber abzuwarten und kritisch zu
12 bewerten, ob damit auch eine ausreichende Höhe der Ausbildungsvergütung sichergestellt wird.

13 Ein wichtiger Baustein im Zusammenhang mit der Reform der Berufsausbildung ist auch die Schaffung von
14 Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Zu einer guten und attraktiven Arbeit gehört auch, dass
15 die Beschäftigten sich weiter qualifizieren und spezialisieren können. Deswegen müssen solche Wege auch
16 allen Beschäftigten offenstehen und dürfen nicht etwa an der Finanzierung scheitern.

17 Es bleibt viel zu tun, um dem Pflegenotstand zu begegnen und in Zukunft gute Arbeit in der Pflege zu
18 verwirklichen. Für langfristig gute Bedingungen braucht es auch insgesamt Veränderungen im
19 Gesundheitssystem dahingehend, dass nicht mehr der Profit, sondern die gute Versorgung der Menschen
20 im Vordergrund steht. Dafür müssen wir Jusos und dafür muss die Sozialdemokratie zusammen mit den
21 Beschäftigten und den Gewerkschaften streiten.

I1 Für Klarheit in der Sprache – Gegen jede populistische Stimmungsmache!

1 Wir verurteilen Sören Links undifferenzierte Äußerungen in der Debatte um die Zuwanderung aus
2 Südosteuropa und die Zahlung von Kindergeld an ausländische EU-Bürger*innen auf das Schärfste.

3 Wir wissen, dass auch Duisburg als eine der vielen Großstädte in Nordrhein-Westfalen unter der
4 dauerhaften Unterfinanzierung der Kommunen leidet. Wir verstehen daher, dass sich Sören Link eine
5 dauerhafte finanzielle Unterstützung durch die EU, den Bund und die Länder wünscht. Zugleich akzeptieren
6 wir auch, wenn jemand pointiert redet und verbal robust Missstände aufzeigt, um sich Gehör zu
7 verschaffen.

8 Was wir jedoch nicht akzeptieren ist, wenn durch Pauschalisierungen Feindbilder und Ressentiments
9 geschürt werden. Dabei hilft es dann auch nicht, zunächst vor eben solchen Pauschalisierungen zu warnen,
10 um sie sodann mit Verve zu verwenden. Wir sind nicht bereit hinzunehmen, dass ganze Gruppen durch
11 unbedachte Äußerungen kriminalisiert werden. Sören Link hat den schmalen Grat zwischen Tacheles reden
12 und populistischer Stimmungsmache mehrfach deutlich überschritten und erweist der Integration so einen
13 Bärendienst. Ihm fehlt ganz offensichtlich manchmal das Fingerspitzengefühl im Umgang mit politisch
14 diffizilen Zusammenhängen. Wer rassistische Stereotype verwendet, um Sündenböcke zu benennen, legt
15 die Axt an die Grundfeste des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

16 Unbestritten entstehen Herausforderungen durch Zuwanderung und die Ballung von Migrant*innen in
17 einzelnen Quartieren. Unbestritten gibt es kriminelle Netzwerke, in denen Schlepperbanden den
18 organisierten Missbrauch von Sozialleistungen forcieren. Jedoch müssen solche Probleme politisch und
19 nicht populistisch angegangen werden: Es braucht mehr Geld für die Etablierung eines sozialen städtischen
20 Wohnungsmarktes, auf dem Wohnraum endlich kein Spekulationsobjekt mehr ist. Es braucht mehr Geld für
21 die Fortführung und dauerhafte Etablierung von Integrationsprojekten für Kinder, Jugendliche und
22 Erwachsene. Es braucht mehr Geld für die öffentliche Verwaltung, nicht zuletzt für die zuständigen
23 Behörden. Es muss klar sein: Möglicherweise betroffene Familien sind selbst Opfer einer Straftat, denen
24 geholfen werden muss. Sie sind die Opfer krimineller Banden, hinter denen in der Regel deutsche
25 Staatsbürger*innen stehen. Würde Sören Link all diese Dinge für Duisburg und die anderen Städte in
26 Nordrhein-Westfalen fordern, könnte er sich unserer Solidarität sicher sein. Doch in seinen rassistischen
27 Populismus werden wir sicher nicht einstimmen. Die Täter-Opfer-Umkehr von Sören Link ist mit uns nicht
28 zu machen.

29 Wagt man einmal einen Blick auf die bloßen Zahlen, auf denen Sören Links Aussagen basieren, wird
30 deutlich, wie er diese Debatte aufbauscht. Für ungefähr 270.000 im Ausland lebende Kinder beziehen
31 Menschen bundesweit Kindergeld. Nicht einmal zehn Prozent davon sind Bulgar*innen und Rumän*innen.
32 Auch schwankt die Zahl der Bezieher*innen mit Kindern im Ausland stark auf Grund von saisonal bedingter

1 prekärer Beschäftigung. Dass die Zahl der Kindergeldbezieher*innen für im Ausland lebende Kinder in den
2 letzten Jahren insgesamt zugenommen hat, hat aber wohl meist weniger mit Betrug zu tun als mit der
3 Tatsache, dass im Sinne der Freizügigkeit in der EU immer mehr Menschen in Deutschland arbeiten.

4 Daneben muss für uns als Sozialdemokrat*innen klar sein: Uns helfen keine Neiddebatten, in denen
5 Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Niemandem geht es besser, wenn Kindergeldzahlungen ins
6 Ausland gestoppt werden. Unabhängig davon halten wir es für richtig, dass der Kindergeldsatz für Kinder im
7 In- und Ausland identisch ist. Die Eltern zahlen die gleichen Steuern und leisten die gleiche Arbeit, weshalb
8 ihre Kinder auch die gleiche Unterstützung erfahren sollten. Langfristig halten wir es jedoch für notwendig,
9 ein sozial gerechtes Modell der Kindergrundsicherung zu entwickeln, dass Kinder unabhängig vom
10 Einkommen ihrer Eltern unterstützt.

11 Aufgabe eines Stadtoberhauptes ist es, für seine ganze Stadt einzustehen. Er*Sie muss alle dort lebenden
12 Menschen vertreten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Er*Sie muss einen statt spalten.
13 Sören Link tut mit seinen Äußerungen jedoch das genaue Gegenteil und baut Drohkulissen auf, die die
14 Gräben in unserer Gesellschaft vertiefen. Populistische Stimmungsmache auf dem Rücken der Ärmsten, die
15 damit Zielscheibe potenzieller Gewalt werden können, gehört sicherlich nicht zu seinen Aufgaben.

16 Wir fordern ihn daher dazu auf, die beschriebenen Grenzüberschreitungen endlich zu unterlassen und
17 populistische Stimmungsmache nicht länger mit vermeintlicher Klarheit in der Sprache zu verwechseln.
18 Rassistische Stereotype und Ressentiments verbieten sich generell, aber erst recht für Vertreter*innen der
19 Sozialdemokratie. Daran sollten Sören Link und alle anderen Genoss*innen in Zukunft keinen Zweifel
20 aufkommen lassen.